19. Donnerstag den 23. Januar 1862. 19.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 23. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Musikdirektor und Musiklehrer Gebhardi an dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Erfurt den Rothen Adler-Orden vierter Klasse und dem Glöckner an der katholischen Pfarrkirche zu Schweidnitz, Florian Fuchs, das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Posamentierwaaren-Fabrikanten Otto Schirrmacher zu Königsberg i. Pr. das Prädikat eines Königlichen Hof-Lieferanten; und der Besitzerin einer Handschuh-Fabrik in Breslau, Wittwe Albertine Sudhoff, das Prädikat einer Königlichen Hof-Lieferantin zu verleihen; endlich dem Flügel-Adjutanten, Obersten Grafen von Bismarck-Bohlen, Kommandeur der 5. Kavallerie-Brigade, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Sultans Majestät ihm verliehenen Medschidje-Ordens dritter Klasse, dem Oberst-Lieutenant a. D., Kammerherrn Grafen Ratibor von Wrschowetz-Sekerka und Sedczicz und dem Hofstaats-Sekretär Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich von Preußen, Prinzlichen Hofrath Sommerfeld, zur Anlegung des ihnen verliehenen resp. Kommandeur-Kreuzes zweiter Klasse und des Ritterkreuzes vom Herzoglich Anhaltischen Gesammthaus-Orden Albrechts des Bären, sowie dem Sekonde-Lieutenant von Leipziger vom 1. Brandenburgischen Ulanen-Regiment (Kaiser von Rußland) Nr. 3 zur Anlegung des von des Herzogs von Braunschweig Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes vom Orden Heinrichs des Löwen zu ertheilen.

Angekommen: Se. Exzellenz der Wirkliche Geheime Rath, Graf von Renard, von Gr. Strehlitz.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst von Lichnowsky-Werdenberg, nach Breslau.

Telegramme der Posener Zeitung.

Hannover, Mittwoch 22. Januar. In der heutigen Ständeversammlung fanden die Präsidentenwahlen statt. Die erste Kammer wählte Trampe, die zweite Heise. Die Regierung beansprucht 680,000 Thaler für die Göttinger-Gotha-Bahn.

London, Mittwoch 22. Jan. Die heutige „Times" enthält einen Artikel, welcher die energische Initiative, die Spanien bei der Intervention in Mexiko genommen, billigt. Die „Times" sagt, es sei jedoch sicher, daß wenn die Operationen vollständig im Zuge seien, Frankreich die Leitung der Expedition übernehmen würde, da es allein beträchtliche Truppenkorps nach Mexiko schickt. Es sei wahrscheinlich, daß die Stadt Mexiko einige Zeit besetzt werden würde, wenn aber das Resultat so glücklich als in Syrien ausfiele, so würde die Welt Grund haben, vollkommen zufrieden zu sein. In allen Fällen würde Frankreich auf unsere Unterstützung in seinen Anstrengungen, die Ruhe wieder herzustellen, rechnen können. Selbst wenn die französische Okkupation von Mexiko ein oder zwei Jahre dauern sollte, würde diesseits keine Unzufriedenheit bestehen. — „Morning Chronicle" hält die Nothwendigkeit einer englisch-französischen Intervention in Amerika aufrecht, um die Zerstörung der Südhäfen zu verhindern und um den Krieg zwischen den Kriegführenden zu inhibiren. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Newyork vom 10. d. ist die Bundesexpedition nach dem Mississippi bereit, Kairo zu verlassen; ein Theil der Expedition ist bereits nach dem Süden abgegangen. — Nach hier eingetroffenen Berichten aus Newyork vom 11. d. hat General Burnsides Anapolis verlassen. Es war daselbst das Gerücht verbreitet, daß mehrere Divisionen diese Expedition, deren Bestimmung noch unbekannt war, verstärken sollen. Das von dem Kongresse erwählte Komité hat vorgeschlagen, 150 Millionen Dollars durch Steuern im Laufe dieses Jahres zu decken. Den Streitkräften der Union unter den Generalen Frank und Bill ist die Aussicht eröffnet worden, gegen Orleans zu marschiren.

(Eingeg. 23. Januar 9 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 22. Jan. [Wegfall der Adreßdebatte; preußische Depesche in Sachen der kurhessischen Verfassungswirren; Würzburger Pläne.] Es ist jetzt entschieden, daß unser Abgeordneten-Haus dem Erlaß einer Adresse und dem unvermeidlich mit einer solchen verbundenen Redekampfe entsagt. Die konstitutionelle Partei hatte sich gleich Anfangs für dieses Verfahren der Enthaltsamkeit entschieden, weil die Regierung weder die Praxis einer regelmäßig wiederkehrenden Adreßdebatte im Beginn jeder Session wünscht, noch auch grade diesmal eine langwierige Erörterung über abstrakte Phrasen für heilsam erachtet. Sie giebt die Hoffnung nicht auf, durch die von ihr ausgearbeiteten Gesetzesvorlagen den Beweis zu führen, daß sie es mit dem Ausbau der Verfassung und dem Werke der Reform überhaupt ernstlich meint, und für ihre Gesammtpolitik die Zustimmung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu gewinnen. Sie glaubt, daß die Lebhaftigkeit einer Adreßdebatte ohne Noth die Leidenschaften erhitzen und manche bedauerliche Spaltungen herbeiführen könne, während die verschiedenen Elemente des liberalen Lagers sich leichter verständigen würden, wenn es sich um die Durchführung einer bestimmten Reform handelt. Innerhalb der Fortschrittspartei waren viele Stimmen für den Erlaß einer Adresse, theils weil man den konstitutionellen Brauch festhalten wollte, theils weil man gleich von vornherein auf eine vollständige Klärung der Parteiverhältnisse hinzuarbeiten wünschte. Dennoch hat jetzt auch die Fortschrittspartei beschlossen, für dieses Mal den Erlaß einer Adresse nicht in Antrag zu bringen. Man wird in diesem Beschluß jedenfalls einen Akt der Mäßigung anzuerkennen haben, der allerdings auch manche Zweckmäßigkeitsgründe für die Partei selbst in sich schließt. Denn zunächst war eben die Partei noch gar nicht einig in dieser Frage, und dann vermeidet sie die unbequeme Alternative, entweder nur den Kundgebungen der Thronrede zuzustimmen oder von vornherein eine Opposition in abstracto zu machen. — Man erfährt jetzt Näheres über eine energische Depesche, welche Graf Bernstorff in der kurhessischen Angelegenheit nach Kassel expedirt hat. In derselben wird die kurhessische Regierung vor den ernsten Gefahren gewarnt, die sie heraufbeschwöre, wenn sie nicht durch Rückkehr zu der Verfassung von 1831 den vieljährigen Wirren ein Ende mache. Zugleich wird in durchsichtigen Redewendungen angedeutet, daß Preußen entschlossen ist, bei etwaigen Unruhen in Kurhessen eine Intervention zu Gunsten der kurfürstlichen Regierung nicht zu gestatten. — Im Würzburger Lager soll neuerdings wieder eine lebhafte Thätigkeit vorbereitet werden, welche durch die Vorschläge des Grafen Bernstorff zur Lösung der deutschen Frage veranlaßt ist. Wie verlautet, hat Herr v. Beust sich mit den mitteldeutschen Staatsmännern und mit dem Wiener Kabinet in Verbindung gesetzt, um einen Reformentwurf zu Stande zu bringen, der in der öffentlichen Meinung Deutschlands das preußische Projekt völlig aus dem Felde schlagen soll!

Ω Berlin, 22. Januar. [Die Novelle zu dem Gesetz von 1848; die Broschüren-Literatur über die Militärfrage.] Wenn in den letzten beiden Sessionen des Landtages für die Militärfrage wegen der tiefeinschneidenden und kaum irgendwo einen gemeinschaftlichen Berührungspunkt bietenden Differenzen zwischen der Regierungsauffassung und der der Volksvertretung von vornherein eine gegenseitige Verständigung fast außer der Möglichkeit lag, so dürften sich in dieser Session die Verhältnisse für einen endlichen Abschluß dieser Frage vielleicht schon günstiger gestalten. Man muß es der Regierung schon zugeben, daß sie durch die Abzweigung der Forderung einer längeren Reservepflicht gegen Verkürzung der Dienstpflicht für die Landwehr von der ganzen großen und allgemeinen Frage einen überaus glücklichen Griff gethan hat, und daß selbst die entschiedene Fortschrittspartei sich der dadurch bewirkten durchaus veränderten Sachlage gegenüber in nicht geringer Verlegenheit sehen wird, ihre Opposition auch hiergegen mit irgendwie durchschlagenden Gründen geltend zu machen. Und doch liegt eigentlich gerade in dieser Forderung der Schwerpunkt der ganzen obwaltenden Differenz enthalten, denn in ihm und der Forderung der zweijährigen Dienstzeit hat sich noch gerade diese Frage konzentrirt, Alles übrige ist nur Beiwerk und darf auf eine besondere Wichtigkeit keinen Anspruch erheben. Bei der jetzigen Gestaltung der letzgenannten Forderung, wie dieselbe in beinahe sämmtlichen, auch den liberalen Broschüren, so namentlich auch in der von liberaler Seite mit so großem Beifall aufgenommen Broschüre des Mojors Pauli enthalten ist, würde aber eine Einigung darüber kaum zweifelhaft sein. Der jetzige Armeeumfang findet sich nämlich bei dem letztgenannten Autor, wie auch in den meisten andern über die Armeefrage in diesem Jahre veröffentlichten Gelegenheitsschriften, vollkommen anerkannt, und werden sogar starke Offizier- und Unteroffizierkadres, wie sie in dem gegenwärtigen preußischen Armeestande von 253 Bataillonen gegeben sind, für ein etwaiges Aufgebot der gesammten preußischen Waffenmacht als unerläßlich nothwendig bezeichnet. Nur soll bei diesem Armeestande die zweijährige Dienstzeit in Anwendung treten, oder anders ausgedrückt, es sollen diese 253 Bataillone mehr Offizier- und Unteroffizierkadres bleiben, als ihrem faktischen Mannschaftsstande nach zu wirklichen Bataillonen aufwachsen. Die Hauptsache ist hier für die Regierung natürlich nur, daß der gegenwärtige Armeeumfang schon selbst von der entgegengesetzten Seite Anklang und Zustimmung erfahren hat, denn mit der allgemeinen Festsetzung dieser Ansicht wäre augenscheinlich für sie Alles gewonnen. Die Forderung der zweijährigen Dienstzeit hätte bei dieser Auslegung ja jede andre als eine theoretische Bedeutung verloren, und eine solche kann am Ende die Regierung leicht zugestehen, wenn es andrerseits ganz bei ihr liegt, die praktische Ausführung, so weit ihr beliebt, zu verzögern. Sie brauchte zu diesem Behufe ja nur die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, oder will man lieber, die Rückkehr zu derselben, von der allgemeinen Einführung des Turnunterrichts abhängig zu machen, damit wäre bei einer Auffassung, wie sie jetzt anscheinend allgemeingültig geworden, ja gleich der Schlußpunkt gefunden. Und sie wird dies wahrscheinlich auch, denn die Berufung einer Kommission für die Feststellung des Turnunterrichts, grade zusammenfallend mit dem gegenwärtigen Moment, ist doch wahrscheinlich nicht ohne noch eine bestimmte Nebenabsicht ins Werk gesetzt worden. Die Frist, nach welcher das Turnen von den Volksschulen aus ihre Wirkung auf die Armee äußert, würde an sich aber mindestens einer Vertagung von 10—15 Jahren gleichkommen, und eine solche Vertagung wäre der definitiven Beendigung und dem Abschluß der hier in Rede stehenden Frage unbedingt vollkommen analog. Es ist übrigens wirklich zu verwundern, wie sehr die Phrase in unseren Lebensverhältnissen und selbst in den fortgeschrittenen Kreisen, wo man dies am wenigsten erwarten sollte, noch eine Bedeutung besitzt, und liefert dafür die genannte Broschüre den redendsten Beweis. Der Verfasser derselben ist Militär und steht in allen Einzelheiten auf dem durchaus

Feuilleton.

Ueber die Ostasiatische Expedition

brachte in diesen Tagen die „Spen. Ztg." einen bis Ende November v. J. reichenden ausführlichen Bericht, den wir vieler interessanter Einzelheiten wegen unsern Lesern ebenfalls mittheilen, wenn auch manche seiner Notizen durch neuere Nachrichten schon überholt worden sind. Jenes Schreiben lautet:

Hongkong, 20. Nov. Der hohe Werth, welchen der Abschluß des preußisch-chinesischen Vertrages für die Deutschen in China hat, wird von diesen auf das Lebhafteste anerkannt und auch äußerlich auf das Großartigste durch die dem Grafen Eulenburg dargebrachten Ehrenbezeugungen und ihm zu Ehren veranstalteten Festlichkeiten bethätigt. Diners, Picknicks, Bälle jagen sich förmlich und jeder Tag bringt etwas Neues. Am 16. gaben die Chefs der hiesigen deutschen Häuser dem Grafen und den Offizierkorps der beiden Schiffe ein großes Essen, das insofern eine weitere Bedeutung erhielt, daß nur Deutsche daran Theil nahmen und sie gewissermaßen sich den anderen Nationen gegenüber als ein zusammengehöriges Ganzes präsentirten. Das Musikkorps der „Arcona", welches zur Tafel spielte, erregte die Bewunderung der Engländer, die außerhalb des Lokals sich zu Hunderten versammelten und zuhörten; das Fest verlief in schönster Harmonie und es herrschte die ungetrübteste Heiterkeit. Der Konsul für Hongkong, Herr Overbeck, brachte die Gesundheit Sr. Maj. König Wilhelm's aus, dem von allen Anwesenden unter großem Jubel ein donnerndes dreimaliges Hoch erschallte. Danach ergriff der preußische Konsul für Canton, Herr v. Carlowitz, das Wort, schilderte in einer längeren Rede die Entwickelung des deutschen Handels in China, die Schwierigkeiten, welche Mangel an Macht, Schutz und Vertretung ihm in den Weg gelegt, wies auf die Hochherzigkeit und Uneigennützigkeit Preußens hin, das mit so großen Opfern jetzt allen Deutschen Rechte und Schutz verschafft habe und sprach, im Namen der deutschen Kaufleute von Süd-China, dem Gesandten den tiefgefühltesten Dank für die Geschicklichkeit und unermüdliche Ausdauer aus, mit welcher er acht Monate lang alle Hindernisse und Schwierigkeiten muthig bekämpft und schließlich überwunden habe. Graf Eulenburg erwiderte in glänzender Rede und zum Herzen sprechenden Worten, wie er sich durch den ihm dargebrachten Dank geehrt fühle, der jedoch nur Preußen und seinem Könige gebühre, welcher, die Wichtigkeit der hier vertretenen deutschen Handels-Interessen erkennend, die Expedition herausgesendet habe. Wenngleich mit großer Mühe errungen, sei der Vertrag jetzt da und es liege nun in der Hand der deutschen Kaufleute, ihn zu verdienen und ihn zur unbegrenzten Entwickelung des deutschen Handels zu benutzen. Was er von dem bisherigen Aufschwunge des letzteren in Ost-Asien gesehen, berechtige ihn zu der Annahme, daß dies geschehen werde, und so schließe er mit einem Hoch auf die deutschen Kaufleute in China, die den deutschen Namen hier so zu Ehren gebracht. Der Hamburger Konsul, Herr Wiese, brachte darauf der preußischen Marine und ihrer kräftigen Entwickelung einen Toast, indem er die Hoffnung aussprach, daß recht bald ein preußisches Geschwader zum Schutze des Handels in den chinesischen Häfen erscheinen und stationiren möge, damit dem Vertrage und den damit erlangten Rechten auch der gehörige Nachdruck verliehen werden könne, der den ungeregelten Zuständen in China gegenüber namentlich nöthig und dringend erforderlich sei. Herrn Wiese dankte im Namen der Marine Kommodore Sundewall. Ihm folgte mit einem Toast auf die preußische Armee der Konsul Overbeck, wofür der junge Graf Eulenburg, Attaché der Gesandtschaft und Lieutenant im 1. Garde-Regiment, dankte. Erst gegen 2 Uhr Nachts trennte sich die Gesellschaft, die einige vierzig Männer aus den verschiedensten Gauen Deutschlands so viel tausend Meilen fern von der Heimath vereinigte und Jeder nahm das Bewußtsein mit nach Hause, daß wir Alle einem großen Vaterlande angehören, daß wir Alle Glieder desselben Stammes sind und daß der Augenblick, wo sich ein einiges Deutschland konstituirt, auch hier mit der größten Sehnsucht erwartet und mit frohem Jubel begrüßt werden wird. Außer den erwähnten Festlichkeiten, welche hier Graf Eulenburg zu Ehren gegeben sind, haben ihm die Chefs der deutschen Häuser noch in anderer Weise ihre Dankbarkeit für den Abschluß des Vertrages zu erkennen gegeben, indem sie ihm einen Tafelaufsatz im Werthe von über 3000 Thlrn. verehrten.

Der Gesandte beabsichtigt, morgen nach Kanton zu gehen und dem dort residirenden Vize-König der Provinz Kwangtung einen Besuch abzustatten, sich sodann mit der „Arkona" auf einige Tage nach Makao zu begeben und von dort gegen Ende November seine Weiterreise nach Siam anzutreten.

Die „Elbe" verläßt in diesen Tagen Hongkong, um die „Arkona" in Siam zu erwarten und sodann nach Preußen zurückzusegeln. Wie nöthig die Stationirung eines preußischen Geschwaders ist, hat sich in jüngster Zeit wieder recht deutlich gezeigt. Bei dem letzten Teuphun, am 19. Oktober, scheiterten an der Küste Formosa's eine Menge Schiffe, darunter fünf deutsche und auch das mecklenburgische Schiff „Graf Arthur Bernstorff". An demselben Orte, wo dies geschah, scheiterte gleichzeitig ein englisches Schiff, dessen Kapitän und Mannschaft sofort von den formosanischen Piraten ermordet wurden, während das Schiff selbst ganz ausgeraubt wurde. Ebenso erging es dem Schiffe „Graf Arthur Bernstorff", jedach gelang es dem Kapitän und einem Theile der Mannschaft, ihr Leben zu retten und auf einem andern Fahrzeuge Hongkong zu erreichen. Sobald die Nachricht von dem Verluste des englischen Schiffes hierher gelangte, schickte der Marine-Stations-Chef drei Kanonenboote nach dem Platze. Diese landeten, nahmen den Mandarin der Piraten-Dörfer als Geißel, ließen die Thäter durch ihn gefangen nehmen und hinrichten und ihn selbst als Entschädigung für den Raub die Summe von 30,000 Dollars bezahlen. Diese summarische Justiz ist die einzig richtige und nothwendige in Ländern, wie Formosa, die nominell unter chinesischer Herrschaft stehen, aber in der That vollständig unabhängig sind und Piraterei zum Gewerbe machen. Sie ist das wirksamste Mittel, um den dortigen Seeräubern Achtung vor den europäischen Flaggen einzuflößen und ihrem gesetzlosen Treiben ein Ziel zu setzen, während den Beraubten gleichzeitig zu ihrem Rechte geholfen wird.

Die chinesische Küstenfahrt ist fast ausschließlich in den Händen deutscher Schiffe, von denen Hunderte jährlich auf beiden Seiten Formosas nord- und südwärts fahren. Die Umgegend der Insel ist die gefährlichste Gegend des chinesischen Meeres, weil sie beim Wechsel des Monsuun regelmäßig von Teuphunen heimgesucht wird, in welchen fast immer Schiffe verloren gehen. In diesem Jahre sind 7 deutsche Fahrzeuge an den Küsten der Insel gescheitert, aber Niemand kümmert sich um ihr Schicksal, Niemand fordert von den Piraten Rechenschaft für die ermordeten oder in Sklaverei gehaltenen Mannschaften oder Herausgabe des Raubes. Während die Eigenthümer des englischen Schiffes ihren Verlust ersetzt erhalten haben, müssen die deutschen Rheder den ihrigen verschmerzen. Selbst wenn Preußen geneigt wäre, in dem vorliegenden Falle das Beispiel Englands nachzuahmen, würde es nicht im Stande dazu sein. Die Schiffe des Geschwaders sind zu groß, und können mit Ausnahme von Kelung nicht in die formosanischen Häfen einlaufen, die nur eine Tiefe von 8—10 Fuß haben. Dasselbe gilt von vielen kleineren Häfen an der chinesischen Küste, wo ebenfalls noch überall Piraterei getrieben wird, und es ist daher dringend erforderlich, daß neben einem größeren Schiffe 4 – 5 größere Kanonenboote ihre Station hier erhalten, die abwechselnd die kleineren Häfen besuchen, die preußische Flagge bekannt machen und in Fällen wie der des mecklenburgischen Schiffes, sofort Justiz üben können. Ohne ein solches Geschwader, das überall Respekt vor der deutschen Flagge einflößt, wird der Vertrag wenig nützen, während er andererseits das Mittel sein wird, dem deutschen Handel eine fast unbegrenzte Ausdehnung zu geben und uns in nicht zu langer Zeit die erste kommerzielle Rangstufe hier einzuräumen. Wo es sich um so große Interessen handelt, wie sie allein in der deutschen Rhederei an den chinesischen Küsten vertreten sind, kann der Kostenpunkt in Bezug auf die Unterhaltung eines solchen Geschwaders unmöglich in Betracht kommen und gewiß werden Hamburg und Bremen, die allein über 100 Schiffe hier beschäftigen, bereitwillig ihre Quote dazugeben. Ueberdem ist derselbe auch gar nicht so beträchtlich. Die Unterhaltung von 4—5 Kanonenbooten erreicht kaum den Betrag von 100,000 Thlr., denn da Preußen das Recht besitzt, seinen Kohlenvorrath aus Japan zu entnehmen, wo die Kohlen nicht mehr als in Eng-

einseitigen militärischen Standpunkte. Er schlägt z. B. vor, die neuen Turn- und Exerzierlehrerstellen als Versorgungsposten für ausgediente Offiziere und Unteroffiziere zu erachten und mit solchen zu besetzen, was an sich, namentlich für das platte Land, die Jugenderziehung doch einfach auf eine streng militärische Unteroffiziererziehung beschränken, und außerdem dem Staate eine Last von wenigstens wieder 10,000 neuen Beamten auferlegen würde. Bei einem andern würde dieser eine Punkt schon genügen, um ihn unbeachtet bei Seite liegen zu lassen, allein der Mann ist Offizier und eifert gegen die Kreuzzeitungspartei und die Kadettenerziehung der Offiziere, wogegen er aber freilich zur Erhaltung guter Unteroffizierstämme die Errichtung von Kadettenhäusern für Unteroffiziere vorschlägt. Er tritt nicht minder auch für die Landwehr in die Schranken und entscheidet sich endlich gar für die zweijährige Dienstzeit, wenn auch nur in dem oben angedeuteten Sinne, und das genügt, seiner Schrift gerade bei den Fortgeschrittenen eine Bedeutung zu verleihen, den dieselbe ihrem ganzen sonstigen Inhalt nach wahrlich nicht zu beanspruchen berechtigt sein würde.

— [Die Aufhebung der Wuchergesetze.] Die „B.B.Z." schreibt: „Bekanntlich hatte die Regierung vor zwei Jahren einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der Zinsnahme, beim Landtag eingebracht, der vom Abgeordnetenhause angenommen, vom Herrenhause aber verworfen wurde. Im vorigen Jahre hat die Regierung ihn ganz ruhen lassen, wahrscheinlich, um nicht abermals der Opposition zu unterliegen. Wie es heißt, wird der Entwurf, wenn die Regierung nicht mit demselben hervortritt, in der gegenwärtigen Session von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses wieder aufgenommen werden. Dieses Vorgehen wird sicher im ganzen Lande Anerkennung und Unterstützung finden. Schon aus einem ganz allgemeinen Gesichtspunkt ist es von großer Wichtigkeit, daß Gesetzesreformen, die eine durchweg anerkannte Wahrheit zur Geltung zu bringen und eine allgemein verurtheilte Ungerechtigkeit zu beseitigen haben, mit aller Energie erstrebt werden. Die Gesetze müssen so wenig wie möglich Dinge enthalten, die dem Rechtsbewußtsein und dem Rechtsgefühl des Volkes widerstreiten, soll die Achtung und das Vertrauen auf die Gesetze, auf die rechtschaffende und rechtunterstützende Autorität des Staats nicht erschüttert werden. Die Wuchergesetze verhindern nicht nur, daß der Preis der Waare „Kredit" sich wie der aller übrigen im freien Marktverkehr regele, sondern sie bedrohen sogar eine an sich ganz unschuldige und durchaus nicht rechts- sondern nur im Augenblick gesetzeswidrige Handlung mit entehrender Strafe. Dergleichen muß vor Allem aus einem Staatsgesetzbuch so schnell wie möglich entfernt werden. In Betreff der wirthschaftlichen Nachtheile der willkürlichen Zinsbeschränkung wird man heute wohl kein Wort mehr zu verlieren brauchen. Die Frage ist in der Oeffentlichkeit so gründlich und zur Genüge erörtert worden, daß, wer jetzt noch keine klare Einsicht und kein entschiedenes Urtheil über dieselbe hat, entweder gleichgültig gegen sie ist, oder nicht Verstand annehmen will. Die Gesichtspunkte, aus welchen das Herrenhaus sie ansieht oder wenigstens angesehen hat, sind weniger wirthschaftliche als tendenziöse. Das Schlagwort des Herrn Senfft von der „Wucherfreiheit", die gesetzlich etablirt werden soll, zieht nicht mehr. Jedermann weiß, daß, wenn der „Wucher" ein freies Gewerbe wird, er mit dem Augenblick zu sein aufhört. Die Freigebung ist weiter nichts als ein Erlösungsakt des Verstandes von der ganzen Vorstellung, der Wirthschaft von einem Uebel, das sich erst durch Wuchergesetze hat einschleichen können. Gerade die Berufsklasse, die die Majorität des Herrenhauses fälschlich zu vertreten vorgiebt, die Landwirthschaft, hat die Aufhebung vor allen andern zu fordern. Es ist das einzige Mittel, sich namentlich in bedrängten Zeiten Ersatz für den Kredit zu schaffen, der dem Landwirth etwa gekündigt worden, wenn er ihn frei nach dem marktgängigen Preis zu kaufen in den Stand gesetzt wird. Er sichert sich dadurch nur mehr in seinem Besitz und wird von den Opfern, Mühen und Sorgen frei, die er auf sich nehmen muß, wenn er den Kredit sich auf Umwegen zu höheren Preisen zu beschaffen genöthigt ist. Die Rittergutsbesitzer fühlen allerdings diesen Druck weniger. Sie sind im Besitz privilegirter landschaftlicher Kreditinstitute, die sie in Nothfällen eher schadlos zu halten vermögen. Der nichtritterschaftliche Besitz, der erst seit kurzer Zeit mit dem bisher privilegirten auf eine Stufe in Bezug auf Kreditbeschaffung gestellt worden und auch erst vereinzelt und unter großen Schwierigkeiten, der mag sehen, wie er fortkommt. Trotzdem sind die Herren die Vertretung des Grundbesitzes! Hoffen wir aber, daß unsere Abgeordneten durch ihr energisches unbeirrtes Vorgehen auch in dieser Frage, wenn das Herrenhaus bei seinem Widerstand verbleibt, konstatiren, auf welcher Seite der gesetzgebenden Faktoren die Renitenz gegen gedeihliche Fortentwickelung unserer Gesetzgebung zu suchen ist, damit die Nothwendigkeit der erforderlichen Remedur dieses Zustandes durch die Krone immer unzweifelhafter an den Tag trete."

Oestreich. Wien, 20. Januar. [Die politisch-kirchlichen Demonstrationen in Galizien.] Während der großen Nationalitätsbewegung, welche einzelne Theile Oestreichs ergriffen und gleichzeitig auch in Russisch-Polen zu heftigen Krisen geführt hatte, war es auffallenderweise gerade Galizien, das sich lange Zeit verhältnißmäßig ruhig verhielt, so daß man geneigt war, zu glauben, die dortige Bevölkerung sei zu der Einsicht gelangt, daß die nachbarlichen Bestrebungen nach der sogenannten Wiedergeburt Polens chimärisch und ohne die geringste Aussicht auf irgend einen praktischen Erfolg seien. Man gab sich schon der Hoffnung hin, daß die Vertretung jener Landestheile im Reichsrathe, ähnlich wie in Preußen, gewissermaßen ein Sicherheitsventil bilde, durch welches der Gährungsstoff ausströme, und war um so beruhigter, da auch die galizische Geistlichkeit das Volk eifrig davon abmahnte, unter dem Deckmantel religiöser Formen sich zu politischen Demonstrationen hinreißen zu lassen. Um so unangenehmer war man überrascht, als vor Kurzem auch in den Lemberger Kirchen das verpönte Lied „Boże coś Polskę ꝛc." sich hören ließ und bald darauf allerlei Straßenexzesse sich daran knüpften. Der würdige Oberhirt der Lemberger Diözese, Erzbischof Wierzchlejski, tadelte von der Kanzel herab in ernsten Worten die Urheber dieses Unfugs und mahnte dringend an die Pflicht der Ruhe und Gesetzlichkeit. Die Folge davon aber war, daß die übermüthige polnische Jugend gleich nach dem Schlusse des Gottesdienstes in der Kirche das verpönte Lied anstimmte, ja daß man sogar Abends vor dem Palais des Erzbischofs eine Katzenmusik ausführte und dabei die Fenster der erzbischöflichen Wohnung zertrümmerte. Natürlich schritt die Polizei ein und säuberte die Straßen, wobei es begreiflicherweise nicht immer sehr zart hergehen und mancher Kolbenstoß nicht vermieden werden konnte. Diese energische Wiederherstellung der Ruhe, die bei einem ähnlichen Straßenexzeß auch schon einige Tage vorher hatte stattfinden müssen, erschien dem Gemeindeausschuß von Lemberg als ein Uebergriff der Polizeigewalt, und er wollte die Gelegenheit ergreifen, um ähnlich wie es in Warschau kurze Zeit der Fall war, die Zügel der Verwaltung selbst einstweilen in die Hand zu nehmen. Er sandte deshalb an den Statthalter von Galizien, Grafen Mensdorff-Pouilly, eine Deputation ab, welche um die Erlaubniß nachsuchte, einen Sicherheitsausschuß aus Gemeinderäthen und Bürgern bilden und durch diesen im Interesse der friedlichen Bürgerschaft künftige Ruhestörungen beilegen zu dürfen; erst wenn die Intervention dieses Sicherheitsausschusses erfolglos bleibe, solle die Polizei einzuschreiten berechtigt sein. Graf Mensdorff durchschaute jedoch das Manöver und antwortete der Deputation, er bedaure es sehr, wenn ruhige Bürger bei den Straßenexzessen Unannehmlichkeiten erfahren hätten, aber eben um diese zu verhindern, habe er die Ruhe in kürzester Frist durch die Polizei wiederherstellen lassen. Es bleibe dem Gemeindeausschuß unbenommen, bei künftigen Ruhestörungen abmahnend einzuschreiten, namentlich könnten auch die einzelnen Bürger gewiß sehr heilsam in dieser Richtung auf ihre Hausleute und Gewerbegenossen vorbeugend einwirken und durch Zurückhalten der Ihrigen die Polizei unterstützen; die Bildung eines förmlichen Sicherheitsausschusses sei aber ganz unnöthig, da die Regierung schon die Polizeidirektion mit Aufrechthaltung der Ruhe und Sicherheit betraut habe und diese gewiß ihre Pflicht thun werde. Wenn deren Mittel jedoch nicht ausreichen sollten, so werde er, der Statthalter, ihr hinreichende Abtheilungen Militär zur Seite stellen, so daß der Gemeindeausschuß versichert sein könne, es würden sowohl Krawalle als ernstere Ruhestörungen in kürzester Zeit unterdrückt werden. Die Ausnahmemaaßregel der Bildung eines Sicherheitsausschusses würde daher eben so wenig gerechtfertigt sein, als etwa die Verhängung des Belagerungszustandes wegen einiger Exzesse von Gassenbuben. Als die Deputation diese ablehnende Antwort des Statthalters in der Sitzung des Gemeindeausschusses mittheilte, erhob man sich mit großer Entrüstung gegen die Art des Einschreitens bei den letzten Straßenexzessen, namentlich bezeichnete der Gemeinderath und Landesausschuß Dr. Florian Ziemialkowski das Vorgehen der Behörde als Gewaltakte der Polizei und des Militärs, welche ohne hinreichenden Grund über den Steuer zahlenden Bürger nicht nur in den Straßen, sondern auch in den Häusern hergefallen seien und Mißhandlungen verübt hätten. Der Gemeindeausschuß müsse auf eine strenge Untersuchung der Vorfälle, auf Bestrafung der Soldaten und Polizeibeamten dringen, dann aber wegen der abschlägigen Antwort des Statthalters eine Beschwerde an das Staatsministerium richten, von diesem die Erlaubniß zur Bildung eines Sicherheitsausschusses verlangen und, falls dieselbe verweigert würde, durch eine Deputation an den Kaiser das Gesuch durchsetzen. Der Gemeindeausschuß war jedoch nicht ganz in der feurigen Stimmung des Dr. Ziemialkowski; er beschloß, dessen Antrag, wie überhaupt die Frage, was in der Sache zu thun sei, einstweilen an die sogenannte Sicherheitssektion des Gemeindeausschusses zur Vorberathung zu verweisen und diesem, falls er eine Beschwerdeschrift für nöthig halte, gleich die Entwerfung derselben zu übertragen. Ueber alle diese (bereits s. Z. erwähnten) Vorfälle hat nun Graf Mensdorff hierher an das Staatsministerium Bericht erstattet, und es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß sowohl die Beschwerdeschrift, falls dieselbe hier einlaufen sollte, als auch die eventuelle Deputation an den Kaiser die gebührende Abfertigung finden würde. Die Regierung scheint keineswegs gewillt, den Fehler der zu großen Nachsicht, der bei den Ungarn so üble Früchte getragen, bei den Polen nochmals zu wiederholen. Als charakteristisch für den Geist der studirenden Jugend in Lemberg wird noch das Faktum mitgetheilt, daß an der dortigen Universität einer der Professoren, als er in dem stark besuchten Saal das Katheder betrat, genöthigt war, es sogleich wieder und auch den Saal zu verlassen, weil fanatische Polenjünglinge Pult und Stuhl in der übelriechendsten Weise verunreinigt hatten. Solche nationalen Früchte erregen, außer dem politischen, auch noch den ästhetischen Unwillen. (A.P.Z.)

— [Tagesnotizen.] Laut einer hier eingetroffenen telegraphischen Depesche aus Venedig hat der Kaiser erst heute früh um 9 Uhr die Rückreise nach Wien angetreten, und wird morgen früh hier eintreffen. Die für den 19. Abends anberaumt gewesene Abreise des Kaisers mußte wegen Schneeverwehungen auf dem Karste bis heute verschoben werden. — Wie die „A. C." berichtet, wird die Kaiserin nach Ostern hier eintreffen und gleichzeitig mit dem Kaiser und den kaiserlichen Kindern den Aufenthalt in Laxenburg nehmen. — Ein Tagesbefehl von Benedek ordnet an, daß die Begräbnisse israelitischer Soldaten mit dem reglementsmäßigen Kondukt erfolgen sollen und daß den Rabbinern bei deren etwaigen Besuchen in Militärspitälern mit aller schuldigen Rücksicht zu begegnen sei. — Die Klagen über die entsetzliche Theuerung der Lebensmittel und über die traurige Lage des niederen Beamtenstandes und der ärmeren Volksklassen mehren sich von Tag zu Tage; insbesondere macht sich dieser Uebelstand in den Provinzialhauptstädten fühlbar. — Wir lesen im „Sürgöny": „Wie bekannt, geruhten Se. k. k. apost. Majestät mittelst allerh. Verordnung vom 14. Dez. zu befehlen, daß jene Beschlüsse der früheren Jurisdiktionen, nach welchen sie den Protest gegen die Auflösung des Landtages zu ihrem eigenen machten, anderntheils aber diejenigen als Landesverräther zu erklären wagten, die bei der neuen Wendung der Verwaltung in ihren Aemtern verbleiben oder aufs Neue Aemter annehmen sollten, aus den Protokollen der betreffenden Jurisdiktionen gestrichen resp. herausgeschnitten werden sollen. In Folge dessen sind von dem königl. Statthalter an die betreffenden Behörden Weisungen ergangen, welche die Ausführung dieser allerh. Verordnung bezwecken."

— [Ministerialerlaß in Betreff der Bibelverbreitung in Oestreich.] Der soeben ausgegebene 57. Jahresbericht der britischen und ausländischen Bibelgesellschaft ist diesmal von besonderem Interesse für Oestreich, indem er unter Anderem folgenden Ministerialerlaß enthält: „Die k. k. evangelischen Konsistorien Augsburgischer und helvetischer Konfession (nunmehr Oberkirchenrath) sind von dem bestandenen hohen k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht mit folgendem Erlaß erfreut worden: Mit Beziehung auf den Bericht vom 7. April 1852, dessen Beilagen im Anschluß zurückfolgen, wird den k. k. Konsistorien eröffnet, daß das k. k. Polizeiministerium die unterm 20. Februar 1852 vom Ministerium des Innern gegen die Verbreitung evangelischer Bibeln getroffenen polizeilichen Maaßregeln zufolge hierortiger Vermittelung mittelst eines an sämmtliche Statthaltereipräsidien, mit Ausnahme jenes von Venedig, ergangenen Erlasses dahin zu modifiziren befunden hat, daß hinfort dem Bezuge im Ausland von Seiten der

---

land kosten, so fällt der Hauptpunkt weg, der Dampfschiffe hier draußen so vertheuert, weil sie für die Tonne Kohlen 20—25 Thlr. statt wie in Japan 6 Thlr. bezahlen müssen. Was sind aber 100,000 Thlr. gegen die vielen Millionen deutschen Kapitals, die jetzt unbeschützt in den chinesischen Meeren umherschwimmen? Wie verschwindend erscheinen sie aber gegen den Nutzen, den sie indirekt stiften, wenn unser Handel hier unbelästigt sich entwickeln kann? Würde es nicht viele Millionen aufwiegen, wenn Deutschland im Laufe der Jahre die erste Handelsmacht in Ostasien wird, wie sich gar nicht bezweifeln läßt, wenn die Sache richtig gehandhabt und namentlich von den heimischen Regierungen gefördert wird? Eine Marine kostet Geld, so viel, daß das ökonomische Deutschland sich mit der Höhe des Betrages eine Zeit lang nur schwer wird aussöhnen können, aber ohne Marine gebe man alle Gedanken auf Großmacht und Theilnahme am Welthandel auf. In China wird uns eine Marine dazu verhelfen, die erste Rolle zu spielen und dann sind ihre Kosten ein angelegtes Kapital, das unerhörte Zinsen abwirft. Weshalb spritzten die englischen Blätter den Geifer ihrer Beleidigungen auf das sich in Deutschland kundgebende Bestreben zur Schaffung einer Marine? Es ist nicht die Furcht, daß Deutschland England zur See bekriege, sondern die wohlbegründete Furcht, daß wir ihm sein Handelsmonopol entreißen oder wenigstens mit ihm um den Besitz ringen. Der chinesische Handel ist für England der einträglichste, den es auf der Welt besitzt, und wir verletzten es auf das Empfindlichste, wenn wir hier als Konkurrenten auftreten und, nachdem wir die ganze Küstenschifffahrt bereits an uns gerissen, mit Energie jetzt auch hier unseren Theil am Welthandel fordern, was wir mit einer Marine leicht vermögen, ohne eine solche nicht im Stande sind.

Den 24. Gestern ist Graf Eulenburg von seinem Ausfluge nach Kanton zurückgekehrt, ohne jedoch, wie ihm schon einen Tag vor seiner Abreise dahin bekannt wurde, dem Vizekönig seinen Besuch machen zu können. Derselbe ist nämlich bereits seit zehn Tagen ununterbrochen mit Abhaltung des großen Staatsexamens beschäftigt, das alle drei Jahre in den Hauptstädten der Provinzen stattfindet und dessen Bestehen allein die Studirenden befähigt, als Beamte zu fungiren. Dies Examen dauert 30 Tage und die Examinanden werden während der ganzen Zeit unter Klausur in Zellen gehalten, wo sie ihre schriftlichen Arbeiten verrichten müssen; ein Mitglied der kaiserlichen Kanlin-Akademie in Peking, einer Art chinesischer Sorbonne, und der Vizekönig der Provinz sind die Präsidenten der Prüfungskommission, und daß ihr Dienst keine Sinekure ist, wird man ermessen können, wenn man erfährt, daß 8000 Examinanden sich in diesem Jahre in Kanton eingefunden haben. Von diesen 8000 können nur die 80 besten die höheren literarischen Grade und damit zugleich die Berechtigung zu höheren Staatskarrieren erhalten. Die nächsten 500 können nur bis zum Range eines Mandarin dritter Klasse gelangen, während die dritten 500 nur die Anwartschaft auf untere Beamtenchargen haben. Beiden ist jedoch verstattet, nach drei Jahren sich noch einmal prüfen zu lassen und um den höheren Preis zu kämpfen. Alle übrigen sind durchgefallen. Auch sie werden noch einmal zum Examen gelassen; der größte Theil steht jedoch davon ab und fristet, da er zu Handarbeiten verdorben, oder zu faul ist, sein Leben durch Schulmeistern, Abschreiben ꝛc. Der Name des bestbestandenen Kandidaten wird feierlichst im ganzen Reiche bekannt gemacht und der Kaiser ehrt den Glücklichen dadurch, daß er sich dreimal vor dem auf einer Ehrentafel verzeichneten Namen verneigt.

Den 29. November. In Peking ist Anfang dieses Monats eine große politische Tragödie aufgeführt, die nicht allein auf das Verhältniß der chinesischen Regierung zu den fremden Mächten, sondern auch auf die Zukunft des ganzen Reichs von tiefgreifendstem Einflusse sein dürfte. Die Thatsachen sind folgende: Am 31. Oktober hielt der junge Kaiser seinen Einzug in Peking unter den großartigsten und prachtvollsten Empfangsfeierlichkeiten. Am folgenden Tage wurden auf Veranlassung des Prinzen Kung die Mitglieder des seit dem Tode Hien-Fungs bestehenden Regentschaftsrathes gefänglich eingezogen, vor Gericht gestellt, ihrer Aemter verlustig erklärt und dazu verurtheilt, in Stücke geschnitten zu werden, zwei davon jedoch begnadigt, sich selbst mit Gift im Gefängnisse zu tödten. Der Dritte entkam, wurde jedoch ergriffen und von den Anhängern des Prinzen Kung in der Weise ermordet, daß das über ihn gefällte Urtheil buchstäblich exekutirt ist. Prinz Kung und die Kaiserin-Mutter sind darauf während der Minderjährigkeit des Kaisers zu Regenten ernannt. Seit dieser Katastrophe scheinen also die, den Europäern feindlichen Elemente des chinesischen Hofes mit einem Schlage vernichtet zu sein, während andererseits die Mandschu-Dynastie möglicher Weise durch Prinz Kung von ihrem Untergange gerettet wird, dem sie aus Mangel an Energie und Thatkraft schnellen Schrittes entgegeneilte. Der Prinz selbst soll zwar nicht übergroße Energie besitzen und nach einer Photographie, die ich von ihm habe, spricht sie sich durchaus nicht in seinem Gesichte aus, allein er ist sich wenigstens darüber klar, daß eine fremdenfeindliche Politik seinen eigenen Untergang herbeiführt und folgt daher willig den klugen und kräftigen Rathschlägen seines Ministers Ken Tsuieng, der entschieden auf Seiten der Fremden steht und die dringende Nothwendigkeit zeitgemäßer Reformen eingesehen hat.

Die bereits am 23. d. M. fällige europäische Ueberlandpost ist bis heute noch nicht eingetroffen und man vermuthet, daß die Nil-Ueberschwemmungen, welche schon voriges Mal einige Tage Aufenthalt verursachten, Schuld an der langen Verzögerung sind, besonders da nach den hierher gelangten Nachrichten der Ceylon-Dampfer am 16. noch nicht in Singapore angekommen war, während er schon am 12. erwartet wurde.

Vorgestern und gestern haben hier noch zwei große Festlichkeiten als Schlußsteine der langen Kette der Ovationen, welche Graf Eulenburg dargebracht sind, stattgefunden. Erstere war von Hrn. Nissen, Chef des Hamburger Hauses Siemssen & Co., mit großer Pracht veranstaltet, und vereinigte außer den deutschen Kaufleuten auch die Elite der hier ansässigen deutschen und englischen Damen. Die musikalischen Kräfte, welche sowohl das Geschwader als die Deutschen in Hongkong aufzuweisen haben und unter denen mehrere mit Recht auf den Namen von Künstlern Anspruch machen könnten, hatten sich vereinigt, um durch ein reichhaltiges Konzert die Gesellschaft zu erfreuen und sie erfüllten ihre Aufgabe in so glänzender Weise, daß die bei den Engländern heimische Ansicht, nach der jeder Deutsche von Geburt musikalisch und jeder Zehnte wenigstens ein Mozart ist, nur noch bestärkt wurde. Ein Ball, zu dem das Musikkorps der Arkona spielte, beschloß den schönen Abend, der in gemüthlicher Heiterkeit und schönster Harmonie verfloß.

In gleich angenehmer Weise verging der gestrige Abend, der über 200 Personen zu einem Balle an Bord der „Arkona" versammelte, welchen Graf Eulenburg den Bewohnern Hongkongs gab. Das Schiff war dazu in der brillantesten Weise dekorirt, das Hinterdeck in einen Ballsaal umgeschaffen und durch Flaggen, Blumen, Waffen und andere Zierrathen war mit außerordentlichem Geschmack ein Tanzsalon hervorgezaubert, der allen Besuchern nicht allein durch seine Dimensionen, sondern auch durch seine originelle Schönheit imponirte. Namentlich machte eine Kühlung spendende Fontaine viel Vergnügen, obwohl sich anfänglich die Gäste nicht zu erklären vermochten, wie mitten auf dem Deck ein von Blumen und Muscheln gebildetes Bassin erscheinen konnte, aus dem ein 20 Fuß hoher Wasserstrahl ununterbrochen emporstieg. Der oben nach dem Deck mündende Brunnen für die Schraube war nämlich zu dem Bassin benutzt, und ein außer Bords und von unten durch den Brunnen geleiteter Schlauch führte das Wasser von einer im Zwischendeck befindlichen kräftigen Pumpe hinauf. Die Damen Hongkongs selbst hatten ihren Tribut zur festlichen Ausschmückung des Salons beigesteuert, sämmtliche Gärten waren geplündert, und oben in der Verschanzung, wo sonst die Hängematten gestaut werden, umzog jetzt eine ununterbrochene Hecke der schönsten Blumen den ganzen Saal. Genug, es war nichts versäumt, um Alles auf das Schönste zu dekoriren, und die Absicht im vollsten Maaße gelungen. Die mit japanesischen Laternen illuminirte Batterie war in Speisesäle, Spiel- und Rauchzimmer verwandelt, ein kopiöses Souper befriedigte auch den skrupelösesten Feinschmecker, und so war dafür gesorgt, daß das Fest nach allen Seiten hin amüsirte und ansprach. Jedenfalls sind sämmtliche Hongkongianerinnen der einstimmigen Ansicht, daß sie einen so schönen Ball noch nicht erlebt hätten, und so lassen denn die preußischen Schiffe auch bei dem schönen Geschlecht eine angenehme Erinnerung zurück. Die „Elbe" segelt morgen früh nach Bangkok und die „Arkona" am 3. über Makao eben dorthin.

evangelischen Glaubensgenossen erscheinender evangelischer Bibeln, insofern die über den Verkehr mit Druckschriften überhaupt bestehenden gewerblichen und preßpolizeilichen Vorschriften nicht außer Acht gelassen werden, keine Hindernisse in den Weg zu legen sind."

Prag, 21. Jan. [Zur Czechen-Adresse.] Dem „N. C." schreibt man von hier: Es ist bisher noch nirgend die Thatsache erwähnt worden, daß auch das Herrenhausmitglied Dr. Palacky in Folge der Czechischen Adresse an die preußischen Polen, die er unterzeichnet hatte, eine Einladung zu einer Besprechung von dem Statthalterei-Vizepräsidenten Baron Kellersperg in Prag erhalten hat. Baron Kellersperg drückte Herrn Palacky sein Erstaunen aus, wie es möglich sei, daß er die Ernennung zum lebenslänglichen Reichsrathe annehmen konnte, wenn er Grundsätzen huldige, welche jener Adresse offenbar zum Grunde lägen. Palacky ertheilte hierauf die Antwort: Das geht sehr natürlich zu; früher gefiel mir die Februarverfassung, jetzt gefällt sie mir nicht mehr. Palacky hat bekanntlich vom Herrenhause einen Urlaub auf unbestimmte Dauer erhalten. Den übrigen Unterzeichnern, welche gegenüber einem halbamtlichen Artikel der „Prager Ztg." behaupteten, es sei nicht wahr, daß sie vor dem Statthalterei-Vizepräsidenten erklärt hätten, sie seien über die Tragweite einer solchen Adresse im Unklaren und sie hätten sich aus Gefälligkeit gegen die Führer der czechischen Partei zur Unterzeichnung herbeigelassen, wurde zu verstehen gegeben, man würde, falls sie bei dieser Behauptung bleiben, die Protokolle veröffentlichen, worauf sämmtliche Herren verstummten.

Ragusa, 21. Jan. [Telegr.] Vucalovich hat bei seiner Rückkehr von Cettinje für mehrere Ortsvorsteher Dekorationen mitgebracht. — Der französische Konsul in Skutari, Hecquard, ist nach Damaskus versetzt worden.

Bayern. München, 20. Jan. [Diplomatisches.] Der seit einiger Zeit erledigte preußische Gesandtschaftsposten an unserm Hofe ist nun wieder besetzt. Graf v. Perponcher, der neue Gesandte, ist gestern von Berlin hier eingetroffen und zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens bereits diesen Nachmittag vom König empfangen und hierauf auch der Königin vorgestellt worden. (N. C.)

Hannover, 20. Januar. [Rettungsstationen.] Bisher befand sich auf der ganzen langen hannoverschen Nordseeküste nicht ein einziges Boot, noch irgend eine andere Vorrichtung, um den Schiffen und Mannschaften, die in Gefahr sind, Hülfe und Rettung zu bringen. So konnte es kommen, daß, wie z. B. in dem traurigen Falle der Bremer Barke „Johanna", 84 Menschen in nächster Nähe des Landes ihr Leben verloren, während die Insulaner am Ufer standen und unthätig zusehen mußten. Solchen Uebelständen ist nun jetzt abgeholfen. Es sind mehrere Rettungsstationen hergestellt und die Versuche, die man gegenwärtig mit ihnen angestellt, sind glücklich von Statten gegangen.

Hannover, 21. Jan. [Landtagseröffnung.] Heute wurde die dritte ordentliche Diät des vierzehnten Landtages der allgemeinen Ständeversammlung eröffnet. In der ersten Kammer, unter Vorsitz des Landraths v. Trampe, wurde nach Vorlesung des Protokolls der letzten Sitzung von voriger Diät zunächst der Eingang einer Reihe von Regierungsschreiben angekündigt. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung wurde gesetzt: Die Wahl von drei Kandidaten für das Amt des Präsidenten und die Wahl der Petitionskommission. (S. Tel.)

Sachsen. Leipzig, 21. Jan. [Flottensammlung.] Der hiesige Ausschuß zum Bau von Kanonenbooten unter preußischer Flagge veröffentlicht unter dem 18. d. seine siebente Quittung. Nach der sechsten Quittung waren 7625 Thlr. 28 Ngr. eingegangen. Seitdem hat sich die Summe auf 8028 Thlr. 27 Ngr. gehoben.

Baden. Karlsruhe, 20. Januar. [Landtag.] Nach mehrwöchentlichen Ferien ist heute die Zweite Kammer zu ihrer 9. Sitzung zusammengetreten. Der Präsident des Ministeriums des Innern legte zwei Gesetzentwürfe vor, betreffend die Aufhebung einiger Beschränkungen, bezüglich Bürgerannahme und Verehelichung, betreffend die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten. Nach der kurzen Erläuterung des Präsidenten bezweckt der Entwurf sofortige und vollständige Gleichstellung mit zwei nothwendigen Uebergangsbeschränkungen bezüglich des Bürgergenusses und der Armenunterstützung.

Hessen. Marburg, 19. Jan. [Von der Universität.] Gestern war am schwarzen Brett der Universität folgender Anschlag zu lesen: „Da sich nach mehrfachen Anzeigen Studirende der Universität bei Demonstrationen gegen einen hiesigen Beamten und bei Ehrenbezeugungen von demonstrativem Charakter gegen einen andern betheiligt haben sollen, so werden sie vor derartigen Exzessen verwarnt, und das um so mehr, da nach höherem Beschluß bei Wiederholung ähnlicher Vorfallenheiten ohne weiteres mit Stellung der Studirenden unter die Staatspolizeibehörde und nach Umständen mit Schließung der Universität vorgegangen werde." Dem Polizeidirektor Gunkel sollte eine Katzenmusik gebracht werden.

Reuß. Greiz, 20. Jan. [Landtag.] Seit Anfang der vergangenen Woche ist der Landtag des Fürstenthums Reuß älterer Linie hier versammelt, um den von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf zu berathen.

Sächs. Herzogth. Gotha, 21. Januar. [Deutscher Schützenbund.] Ein zweites Rundschreiben des Ausschusses für den deutschen Schützenbund in Gotha setzt die Schützenvereine Deutschlands davon in Kenntniß, daß nunmehr alle ihm obgelegenen Geschäfte, namentlich die Feststellung des Statuts, die Bestimmung der Preise, und die Gründung einer Schützenzeitung als Organ des Bundes, erledigt seien, und daß es daher nunmehr doppelte Pflicht aller Schützenvereine sei, zur Bildung von Bezirksvereinen zusammenzutreten. Gleichzeitig erfährt die „Fr. Pstz.", daß der Ausschuß, um jede Kollision mit den Regieru gen zu vermeiden, in Erwägung, daß die Bundesgesetze die Vereinigung politischer Vereine unter einem Gesammtorgane verbieten, der Schützenbund aber nicht auch als ein Verein von politischen Tendenzen angesehen werden könne, die Bestimmung adoptirte, daß nicht ein Schützenverein als solcher, sondern nur Einzelne dem Schützenbunde beitreten können.

Großbritannien und Irland.

London, 20. Jan. [Die Zerstörung des Hafens von Charleston in Südkarolina] hat, wie die „Times" heute in ihrem zweiten Leitartikel zu ihrer Freude und zur Ehre Englands meldet, Lord John Russel zu einer Remonstration gegen diese Verletzung der Kriegsgebräuche veranlaßt. Am 20. Dez. schon hatte Lord Lyons vom Staatssekretär des Auswärtigen Anweisung erhalten, der Regierung in Washington die Mißbilligung kundzuthun, mit welcher er schon die bloße Absicht betrachte, und nun die Barbarei wirklich zur Ausführung gekommen, seinen Protest zu wiederholen und die Hoffnung auszusprechen, daß ein solcher Skandal nicht auch an noch anderen Häfen verübt werde. Wie aus einer Erwiderung des Staatssekretärs auf eine Eingabe der Kaufleute von Liverpool hervorgeht (s. Tel. in Nr. 17), hat Lord Lyons Herrn Seward auch sagen sollen, der englischen Regierung gelte die Zerstörung des Hafens von Charleston als ein Beweis, daß die Nordstaaten an einer Wiederherstellung der Union verzweifeln, und als ein Akt der Rache, unter dem der Handel aller Nationen leide. Die „Times" bemerkt in dieser Sache dann weiter, die Nordstaaten hätten den Hafen mit Steinen gesperrt, weil sie die Blokade desselben nicht durchführen konnten. Eine Blokade sei nur dann faktisch, wenn sie nicht bloß mit Worten erklärt, sondern durch Kriegsschiffe gehandhabt werde; letzteres hätten die Nordstaaten nicht durchzusetzen vermocht, und deshalb zu dem brutalen Mittel der Steinversenkung gegriffen, welches eine Verletzung der allgemein für den Seekrieg festgestellten Grundsätze ist.

Frankreich.

Paris, 20. Januar. [Tagesbericht.] Das Moniteur-Bulletin erklärt heute für ganz unbegründet, daß in Folge einer Entscheidung des Kaisers künftig keine Preßverwarnungen mehr anders statthaben sollen, als nach vorheriger Berathung des Ministerrathes (s. unten). — Thayer, Senator und Mitglied des Vincenz-Vereines, hat die verschiedenen Mitglieder dieser Gesellschaft, welche hohe Stellungen im Staate einnehmen, Senatoren, Deputirte, Generale, Admirale, hohe Magistratspersonen rc., zu einer Versammlung zu sich eingeladen, worin beschlossen wurde, einen Zusatz über die ungerechte Unterdrückung dieses Vereines durch das Ministerium des Innern zur Adresse des Senates und des gesetzgebenden Körpers zu beantragen. — Jomières, ehemals Redakteur an der „Patrie", hat die Erlaubniß zur Herausgabe eines neuen Journals erhalten. Dasselbe wird den Titel eines früheren Blattes: „Le Courrier français", annehmen. — Wie verlautet, hat der „Finistère", der 600 Zuaven in Oran an Bord nehmen sollte, Gegenbefehl erhalten, da man die Absicht habe, ein größeres Truppenkorps nach Mexiko zu senden. — Der Herzog von Aumale beabsichtigt binnen Kurzem ein Werk über die Julimonarchie erscheinen zu lassen, in welchem, wie in seinem letzten an den Prinzen Napoleon gerichteten Schreiben, die Regierung von 1830 gegen die heftigen Angriffe von Seiten der Publizisten des Kaiserreichs vertheidigt werden wird. — Nach dem „Journal du Havre" ist im Marineministerium von einer neuen Expedition gegen Hué die Rede, welche im Monat März stattfinden sollte. — Während es in Paris 8—10 Centigrad kalt ist, schreibt man aus Marseille, daß man in mehreren Gemeinden der Umgegend Mandel-, Pfirsich- und Kastanienbäume in Blüthe sieht. — Nach einem Schreiben aus Tanger vom 12. Jan., hat der Kaiser Abd-er-Rhaman sich bereit erklärt, an den Küsten seines Reiches Leuchtthürme zu errichten. Bis jetzt hatten alle Kaiser von Marokko ihre Zustimmung dazu verweigert. Der erste dieser Leuchthürme wird am Kap Spartel, 15 Meilen von Tanger entfernt, aufgeführt. Ein französischer Ingenieur leitet die Arbeiten. Der Bruder des Kaisers, Muley Abbas, hat dieselben besichtigt, was einen günstigen Eindruck auf die Bewohner jener Gegenden gemacht, die sich bisher der Errichtung von Leuchtthürmen immer widersetzt hatten, da dadurch die Zahl der Schiffbrüche, also ihre Beute verringert werden muß.

— [Preßverhältnisse.] Der „Moniteur" setzt der allgemein verbreiteten Nachricht, daß in Folge eines kaiserl. Beschlusses über die den großen Tagesblättern zu ertheilenden Verwarnungen vorher im Ministerkonseil berathen werden sollte, an der Spitze seines Blattes ein sehr entschiedenes Dementi entgegen. In der Presse tritt also keine Neuerung ein, Alles bleibt beim Alten. Man hätte, selbst ohne die kategorische Erklärung des „Moniteur", auf eine solche Beibehaltung des alten Systems schließen können. Die „Union", ein Glaubensgenosse des „Monde" und der so eben verurtheilten „Gazette de France", wird jetzt „wegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung" vor den Gerichten verfolgt. Aus einer von der Union selbst mitgetheilten Bemerkung geht hervor, daß am 18. d. Gerichtskommissär Marseille im Redaktions-Bureau erschienen sei, und kraft eines Mandats des Instruktions-Richters Fleury die Beschlagnahme der Nummer der „Union" vom 16. d. vorgenommen habe. Die Beschuldigung fällt auf Laurentie, Verfasser des Artikels, Mac-Sheehy, Eigenthümer und Gerant des Journals, und Duboisson, Drucker." — Die „Revue de Bretagne et de Vendée" hatte wegen theilweiser Reproduzirung der Vorrede eines unter dem Titel: „Armerial et nobiliaire de Bretagne" erschienenen Werks ein „Mitgetheilt" erhalten, das vom „Courrier de la Bretagne" freiwillig veröffentlicht worden war. Vergangenen Montag nun erhielt der „Courrier de la Bretagne" vom kaiserlichen Prokurator ein Schreiben, worin er aufgefordert wurde, dasselbe „Mitgetheilt" den folgenden Tag an der Spitze seiner Nummer zu veröffentlichen. Der „Courrier" glaubte, seine erste Veröffentlichung genüge, doch berichtete er darüber an den kaiserl. Prokurator, von welchem er folgende Antwort erhielt: „...Die von Ihnen erwähnte Veröffentlichung geschah von Ihnen aus freien Stücken. Sie kann Sie nicht von derjenigen dispensiren, welche ich den Instruktionen des Justizministers gemäß von Ihnen verlangt habe..." Demnach ist das wegen eines Buches ertheilte „communiqué" zweimal von einem Journal veröffentlicht worden, das nicht einmal die beschuldigten Auszüge reproduzirt hatte. — Interessanter ist ein „communiqué", welches dem „Courrier du Pas de Calais" zugegangen ist. Dasselbe lautet: „In seiner Antwort an den Kultusminister hat der Bischof von Arras Thatsachen behaupten zu müssen für gut befunden, welche denen von dem Instruktionsrichter aufgestellten widersprechen. Es ist demnach wichtig, gewisse Aktenstücke, auf welche der Richter die ihm gesetzlich zuerkannten Qualifizirungen und Würdigungen basirt hat, der Oeffentlichkeit zu übergeben. Diese regelmäßig autorisirte Veröffentlichung wird in den nächsten Nummern des „Courrier du Pas de Calais" erfolgen."

Paris, 22. Januar. [Telegr.] Der heutige „Moniteur" bringt einen Bericht Foulds über die Finanzlage in Verbindung mit dem Budget. Die gewöhnlichen Ausgaben des Jahres 1863 werden eine Vermehrung von 70 Millionen gegen das Jahr 1862 herausstellen. Der Effektivbestand der Armee, welcher im Jahre 1861 467,000 war, soll bis auf 400,000 zurückgeführt werden; augenblicklich ist derselbe schon auf 446,000 Mann reduzirt. Das Marinebudget wird 168 Mill. betragen. Die Einnahmen sollen um 50 Mill. vermehrt werden durch Steuern auf Pferde und Luxusequipagen und durch Vermehrung der Stempelsteuer für Eintragungen. Die Steuer für durch die Post gesandte Werthsachen soll auf 1% herabgesetzt werden. Der Bericht sagt: die Decouverts betragen augenblicklich 1008 Mill. Man muß die Friedenszeit benutzen, um dahin zu gelangen, ohne zu einer Anleihe seine Zuflucht zu nehmen, die Decouverts zu vermindern. Der Bericht konstatirt, es sei wünschenswerth zu einer Vereinfachung der Schuld zu gelangen, indem man den Besitzern der 4½ Proz. dieselbe Rentensumme in 3 Proz. Rente gebe mittelst Zahlung an den Staat; eine Ausgleichung bliebe zu bestimmen: Die Konversion würde fakultativ sein. Der Bericht geht dann zu dem außerordentlichen Budget über. Die disponibeln außerordentlichen Fonds betragen 67½ Millionen; sie sind für die Eisenbahn-Arbeiten und für andere zum öffentlichen Nutzen erforderliche Unternehmungen unzureichend. Der Finanzminister wird die Legislative auffordern, zeitweise die Steuer auf Salz um 10 Cent. per Kilogr. zu erhöhen, was 33 Millionen einbringen werde, und zeitweise die Steuer auf Zucker auf 42 Frcs. wieder zurückzuführen, was ungefähr 29 Million ergeben und gestatten würde, 130 Million für das Extraordinarium zu beschaffen. Das Budget von 1863 würde sich durch Ueberschüsse von Einnahmen decken. — Nach der „Opinion nationale" handle es sich darum, den päpstlichen Truppen in dem Landbezirk des Patrimoniums Petri, italienische Truppen, oder wenigstens eine aus Italienern und Franzosen gemischte Besatzung zu substituiren um die Ruhe zu erhalten, und der Räuberei die Zuflucht abzuschneiden. Rom würde von Franzosen allein besetzt werden. So würde der Papst alle seine Truppen entlassen können. Die „Opinion" fügt hinzu, daß der Kaiser Napoleon bei der russischen Regierung Schritte thue, um die Anerkennung des Königreichs Italiens zu erwirken.

Schweiz.

Bern, 19. Jan. [Freiburger Protestantenrekurs; Paßbefreiung.] Der Nationalrath verhandelte am 13. d. über den Freiburger Protestantenrekurs gegen die Heilighaltung katholischer Feiertage auf ähnliche Weise wie im Sommer. Die Kommission beantragte Abweisung, während der Beschluß des Ständerathes günstig lautete. Charles, Engelhardt u. A. bemerken, der Rekurs gehe nur von einer kleinen Zahl von Protestanten aus; die Protestanten in Freiburg seien nicht unterdrückt, sondern den Katholiken gleichgestellt, da die Letzteren in Murten z. B. auch den Charfreitag mitfeiern müßten. Sailer und Kaiser erblicken dagegen in der Verpflichtung jedes Konfessionstheiles, die Feiertage des anderen mitzufeiern, eine Beschränkung der religiösen, noch mehr aber der Gewerbefreiheit. Bei der Abstimmung verharrte der Nationalrath bei seinem ersten Abweisungsbeschluß, der nun in zweiter Berathung an den Ständerath gelangt. — Der Bundesrath bringt durch Rundschreiben die mit Belgien abgeschlossene gegenseitige Paßbefreiung zur Kenntniß.

Italien.

Turin, 17. Jan. [Die Debatte über den Peterspfennig.] Brofferio's Interpellation in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses über das Einsammeln des Peterspfennigs in Italien (s. Tel. in Nr. 16) war gegen „eine Partei gerichtet, die jetzt überall in Italien wieder das Haupt erhebt", und er las, um zu zeigen, wie die hohe Geistlichkeit durch offene Sendschreiben die Gläubigen geradezu zum Kampfe gegen Italiens Einheit aufrufe, als Beleg seiner Beschuldigungen den Brief des Erzbischofs von Capua an die „Armonka" vor, worin derselbe die italienischen Patrioten „Helfershelfer der Hölle" nennt. Das sei, setzte Brofferio hinzu, die Antwort, welche die Erzbischöfe und Bischöfe auf das Rundschreiben des Kultusministers ertheilten. Brofferio suchte nun aus der Sammlung des Peterspfennigs eine Parallele mit dem Ablaßkrame zu ziehen, der einst Luthers Häresie hervorgerufen habe. Diese Gelder seien deshalb so gefährlich, weil sie nicht dem Vater der Gläubigen, sondern dem Könige von Rom eingehändigt würden. Dazu komme, daß der Verein des heiligen Vincenz von Paula „selbst den Bedienten und Mägden Geld auspresse, eben so den Soldaten, und wozu? Um Lamoricière, um Chiavone zu besolden und den Sieg des Fremden über die Nation zu fördern". Ricasoli entgegnete, die Regierung thue, was sie gesetzmäßig gegen das Einsammeln des Peterspfennigs thun könne; ein Priester sei in Pistoja deßhalb vor Gericht gestellt und verurtheilt worden; aber nur, was das Gesetz gebiete, werde die Regierung thun und sich keine Parteilichkeit zu Schulden kommen lassen. Wenn die Regierung die Sammlung des Peterspfennigs absolut verbieten wollte, so müßte sie auch mit jeder patriotischen Geldsammlung so verfahren. „Ich weiß wohl", setzte der Ministerpräsident hinzu, „daß die Sammlung des Peterspfennigs einen dem Besten der Nation durchaus zuwiderlaufenden Zweck hat, und daß dieselbe sogar der wahren christlichen Religion schädlich ist; aber man muß bedenken, daß nicht Italien allein diesen Tribut dem heiligen Stuhle zahlt, ja, daß Italien den kleinsten Theil dazu beisteuert, was für uns sehr beunruhigend ist." Ricasoli schloß mit der Erklärung, diese Sammlung sei zwar „beklagenswerth", sie werde aber „der großen nationalen Bewegung keinen Einhalt gebieten", und vor Allem sei festzuhalten, „daß die Sache Italiens auf der Freiheit fuße, daß dieser Freiheit kein Abbruch geschehen dürfe, und daß man keine Absichten bestrafen dürfe". Da Brofferio Paragraphen des Strafgesetzbuches zitirt hatte, so erhob sich der Justizminister und bemerkte, zu Pistoja sei der Priester verurtheilt worden, weil in Toscana noch ein Gesetz bestehe, das Geldsammlungen, auch solche zu religiösen Zwecken, verbiete; für das übrige Italien liege die Sache jedoch anders, weil der Papst nicht bloß weltlicher Fürst, sondern auch Kirchenoberhaupt sei; Sammlungen für einen auswärtigen Fürsten seien strafbar vor dem Gesetze, doch dem Einsammeln des Peterspfennigs sei mit dem Gesetze schwer beizukommen. Sein Rundschreiben habe auch keinen anderen Zweck gehabt, als den Prälaten zu sagen, sie möchten sich hüten, mehr zu thun, als das Gesetz gestatte, denn dieses werde rücksichtslos jeden treffen, der es übertrete. Schließlich ertheilte der Justizminister dem Hause die Versicherung, er wolle die von Brofferio beigebrachten Belagstücke prüfen, und wenn Verstöße gegen

das Gesetz vorlägen, so solle gegen die Sammlung des Peterspfennigs eingeschritten werden. Das Haus der Abgeordneten erklärte sich mit dieser Zusage zufrieden, nahm Akt davon und ging hierauf zur Tagesordnung über.

— [Aus Ancona] hört man von starken Truppendurchmärschen, die ins Neapolitanische hinein gerichtet sind. Die Kirche des heiligen Augustinus wurde deshalb in eine provisorische Kaserne verwandelt. Außerordentliche Thätigkeit wird für die Vollendung des Forts Posatore entwickelt. Für die Ausweitung der Wälle wurden im neuen Jahre noch drei Rubbia Ackerland hinzu gekauft; auf diesem Punkte sind 500 Arbeiter beschäftigt.

Turin, 20. Jan. [Telegr.] Die amtliche Zeitung veröffentlicht den mit der Türkei abgeschlossenen Handels- und Schifffahrts-Vertrag. — Der Zentral-Ausschuß von Genua publizirt den Brief, durch welchen Garibaldi den Vorsitz abgelehnt hat. Es heißt darin: „Ich werde die Wahlen zu einer neuen Versammlung abwarten. Wenn der dann gewählte Ausschuß aus Personen besteht, welche mir für den Zweck, nach dem wir streben, geeigneter erscheinen, so werde ich die Präsidentschaft übernehmen, anders nicht."

Spanien.

Madrid, 14. Jan. [Vertrag mit Marokko.] Die „offizielle Zeitung" veröffentlicht den Wortlaut der neuen Konvention mit Marokko, welche den Friedensvertrag vom 26. April 1860 zu ergänzen bestimmt ist. Spanien verspricht Tetuan in kürzester Frist zu räumen. Es soll jedoch den dortigen katholischen Missionären, so wie denen in Tanger, volle Freiheit gestattet werden im ganzen marokkanischen Reiche ihren Beruf zu üben. Die Katholiken dürfen Kirchen bauen und eigene Kirchhöfe errichten. Nachdem in Spanien so eben einige Protestanten zu den Galeeren verurtheilt worden sind, weil sie in Granada und Barcellona Bibeln ausgetheilt, ist es einigermaßen wunderbar, daß die spanische Regierung den afrikanischen Muhamedanern eine so große Toleranz zur Pflicht macht.

Madrid, 15. Januar. [Miramon; Sumter; Eisenbahnunglück.] Die „Correspondencia" erklärt die Nachricht für vollständig falsch, daß der spanische Gesandte in Washington autorisirt sei, mit Miramon eine Konvention zu schließen, kraft welcher der Ex-Präsident, nachdem er wieder ans Ruder gelangt sei, in Mexiko dasselbe thun würde, was Santana in Son-Domingo gethan hat. — Dasselbe Journal theilt Folgendes mit: „Gestern sind 6 Mann vom „Sumter" desertirt und haben sich dem Konsul der Vereinigten Staaten gestellt, der den Militärgouverneur ersuchte, sie unter seinen Schutz zu nehmen. Der Kapitän des „Sumter" verlangte seinerseits, daß man dieselben ausliefere, da es Deserteure seien. Die Regierung schlug dieses Begehren ab, indem sie sich darauf stützte, daß Spanien die konföderirten Südstaaten noch nicht anerkannt habe, und daß außerdem kein Auslieferungsvertrag zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten bestehe." — Nach dem „Pueblo" von Madrid vom 13. hat auf der Eisenbahn nach Aranjuez, bei Villacanas ein Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Güterzug stattgefunden, wobei einige Reisende getödtet und alle übrigen Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Madrid, 20. Jan. [Telegr.] Das Entlassungsgesuch des Marschall Serrano ist abschlägig beschieden worden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. Jan. [Telegr.] Ein kaiserlicher Ukas verordnet, um den gewachsenen Staatsbedürfnissen zu genügen, eine Taxe für rekommandirte Briefe, die Erhöhung der Kopfsteuer, der Stempeltaxe und des Einfuhrzolles um 5 % an den asiatischen und europäischen Grenzen. — Die Zeitung der Akademie meldet, daß die Universitätskommission ihre Arbeiten beendet habe und daß das Ministerium mit drei hochwichtigen Vorschlägen, betreffend die Universitäten, Gymnasien und die Universität in Petersburg, beschäftigt sei.

— [Die Lage der Deutschen in Lodz.] Aus Lodz im Königreich Polen gehen der „Schl. Ztg." nachträglich Berichte über die Ereignisse im letzten Sommer und Herbst zu, welche die damalige Anarchie und die bedrohte Lage der Deutschen in das grellste Licht stellen. Von völlig glaubwürdiger Seite wird dem genannten Blatte versichert, daß die Anzahl der Brandstiftungen im August und September einige dreißig, die der wirklich ausgebrochenen Feuersbrünste acht betrug. Es brannte niemals bei Polen oder Juden, stets bei Deutschen, und wenn es zur Rachethat kam, stand stets der Brandstätte gegenüber Consumatum est mit deutlicher Hand eingeschrieben. Einem Bürger, der ein Stückchen geschwefelte Holzkohle beim Magistrat vorzeigte, was auf die Spur der Verbrecher hätte leiten können, machte das polnische Komité darüber Vorwürfe, daß er die Anzeige nicht bei ihm gemacht, und war er deshalb in seinem Hause mit Fenstereinwerfen bedroht. Der Präsident der Stadt, von deutscher Herkunft und von niederem Polizeidienste zu seiner Stellung emporgestiegen, wurde seiner bürger- und deutschfreundlichen Vergangenheit ganz untreu und zeigte sich den polnischen Agitationen gegenüber ganz ohnmächtig. In der Stadt, die durch deutschen Gewerbfleiß zur ersten Provinzialstadt Polens emporgeblüht, wurden die Deutschen für vogelfrei erklärt und eines Tages wurde auf offener Straße ein Schauspiel aufgeführt, wie die Deutschen nach Polen gekommen, wobei durch Costümirung, Mimik, Sprache rc. aller erdenkliche Hohn auf das Deutschthum gehäuft wurde. Dies Alles, nachdem die Deutschen von Anfang an keinerlei Feindseligkeit gegen den vernünftigen Kern der Bewegung gezeigt und sogar die anfänglichen Trauergottesdienste und Sammlungen für die Februargefallenen mitgemacht hatten. Hoffentlich ergreift die Regierung wirksame Maaßregeln, um der Wiederkehr solcher Zustände vorzubeugen; auch dürfte den in Lodz wohlbekannten Rädelsführern von nun an etwas genauer auf die Finger zu sehen sein.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Die Verordnung vom 5. November wegen Reduzirung der Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes ist jetzt von der Regierung in das Herrenhaus eingebracht und der Matrikel-Kommission zur Berichterstattung überwiesen worden.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 22. Jan. [5. Sitzung.] Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. Nach anderen geschäftlichen Mittheilungen werden die am Montag gewählten Schriftführer bekannt gemacht. Es sind dies die Abgeordneten v. Saucken (Labiau) und de Syo einstimmig, Delius mit 257, Oppermann mit 248, Bassenge (Lauban) mit 246, v. Bonin (Stolpe) mit 228, Ziegert mit 210, Krieger (Goldapp) mit 150 Stimmen. Am Ministertische: Freih. v. Patow, Graf Pückler, Graf Schwerin, v. Bernuth und v. d. Heydt. Die Fachkommissionen haben sich in folgender Weise konstituirt: 1) für die Geschäftsordnung (14 Mitgl.): v. Carlowitz Vors., Pannier Stellv., Bassenge (Lauban) Schriftf., Krieger (Berlin) Stellv., Pieschel (Kalbe), Dr. Frese, Martini, Foitzick, Schulz (Genthin), Graf Strachwitz, Bender (Olpe), Klose, Kautz, Sönke. — 2) Für die Petitionen (28 Mitgl.): v. Saucken (Julienfelde) Vors., v. Kirchmann Stellv., de Syo Schriftf., Aßmann Stellv., Wachler, Frentzel, Dr. Kosch, Senff, v. Hennig (Graudenz), Duncker, Plaßmann II., v. Rosenberg-Lipinski, Wachsmuth, Leue (Salzwedel), Münzer, Schulz (Herford), Strecker, Fliegel, Dr. Lüning, Kleemann, Dr. Müller (Arnswalde), Stephan, Jordan, Buschmann, v. Struensee, Hinrichs (Rummelsburg), Larz, Richter. — 3) Für die Agrar-Verhältnisse (14 Mitgl.): Ambronn Vors., Dr. Lette Stellv., Kuhlwein Schriftf., Katte Stellv., v. Sänger, Dr. Kalau v. d. Hofe, Pieschel (Merseburg) Gützloe, Mentzel (Prenzlau), v. Gottberg, Schmiedecke, Schmidt (Paderborn), Papendiek, Haacke. — 4) Budgetkommission: v. Bockum-Dolffs Vors., Osterrath Stellv., Parisius (Westhavelland) Schriftf., v. Funcke Stellv., Kühne, Stavenhagen, Häbler, Krieger (Goldapp), Hermann, Krause (Züllichau), Graf Hache, Taddel, Harkort, v. Heunig, Kloß, Ottow, Sello, Twesten, v. Carnall, Sieber (Neisse), v. Pfuhl, Bar. v. Vaerst, Peterson, v. Kähler, Steinhardt, André, Borsche, Behrend, Kerst, Plaßmann I., Dr. Schubert, Pieper, Dr. Virchow, Hagen, Jahn. — 5) Für Handel und Gewerbe (14 Mitgl.): v. Rönne (Solingen) Vors., Röpell (Danzig) Stellv., Dr. Becker Schriftf., Reide Stellv., Salfeld, Berger, Gaul, Müller (Demmin), Michaelis, Reichenheim, Overweg, Ludewig, Post, v. Sybel. — 6) Für Finanzen und Zölle (21 Mitglieder): Kühne Vorsitzender, v. Benda Stellvertreter, Ziegler Schriftführer, Riemann Stellv., Coupienne, Prince-Smith, Waldhausen, Schulze (Seehausen), Dr. Bernhardt, Hinrichs, Jacob, Osterrath, Graf Cieszkowski, zur Megede, Hoffmann, v. Mallinckrodt, v. Kathen, Westermann, Zumloh, Karsten, Lietz. — 7) Für das Justizwesen (14 Mitglieder): Simson Vors., v. Rönne (Glogau) Stellv., Forstmann Schriftf., Koch Stellv., Schumann, Bering, Rohden, Waldeck, Wahle, Evers, Bürgers, v. Beughem, Immermann, Kraatz. — 8) Für das Gemeindewesen (14 Mitglieder): v. Diederichs Vors., Delius Stellv., Dr. Benda Schriftf., v. Hilgers Stellv., Baur, Löwe, Schneider, Aldenhoven, Dr. Fellenberg, Runge, Kleinwächter, v. Saucken (Labiau), Nitschke, v. Leipziger. — 9) Für das Unterrichtswesen: Harkort Vors., Techow Stellv., Fubel Schriftf., Gortzitza Stellv., Götz, Krause (Magdeburg), Roepell (Breslau), Dr. Krebs, Rothe, Gringmuth, Menzel (Braunsberg), Müllensiefen, Schmidt (Randow), Ritter.

Es nimmt das Wort der Justizminister v. Bernuth und legt einen Entwurf vor, die Anklagebefugniß des Verklagten im Strafverfahren betreffend. Drr Gesetzentwurf soll vielfach geltend gemachten Bedürfnissen entsprechen. Derselbe bezweckt eine Vermittlung zwischen dem früheren Rechte und der jetzigen Befugniß der Staatsanwaltschaft. Er regelt die Bedingung eines Anklageantrages und die Behandlung desselben; das Appellationsgericht kann beschließen, daß dem Antrage nicht stattzugeben ist, oder daß die Untersuchung einzuleiten ist. — Der Entwurf geht an die Justizkommission. — Graf Schwerin legt den Entwurf, die ländliche Polizeiverwaltung in den sechs östlichen Provinzen betreffend, vor. Die ortsobrigkeitliche Gewalt resultirt aus dem alten Unterthänigkeitsverhältniß. Dieses Verhältniß ist durch die Verfassung alterirte, aber am 14. April 1856 wurde der Art. 42 der Verfassung aufgehoben und die ortsobrigkeitliche Gewalt wieder hergestellt. Das Unternehmen war kein glückliches und die Regierung mußte auf Abhülfe denken. Es waren zwei Wege möglich; man konnte auf die Gemeindeordnung von 1850 zurückgehen, aber die Kodifizirung ist nicht rathsam; oder man konnte Bezirkseinrichtungen treffen. Beide Wege haben sich als nicht empfehlenswerth erwiesen. Die Regierung hat einen anderen Weg eingeschlagen. Sie rechnet auf den Gemeinsinn, sie baut darauf. Die ortsobrigkeitliche Gewalt wirkt nicht bloß auf die polizeiliche, sondern auch auf die Kommunalobrigkeit ein, also auch hierauf mußte sich die Aufhebung ausdehnen. — Der Entwurf geht an eine besondere Kommission von 14 Mitgl., weil der Entwurf nur die 6 östlichen Provinzen betrifft. — Graf Schwerin legt ferner in Gemeinschaft mit dem Finanzminister und dem Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten den Entwurf, betreffend die Ablösung der mit gewissen Grundstücken verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Ausübung des Schulzenamtes, vor. Der Entwurf geht an dieselbe Kommission, durch die Agrarkommission verstärkt. — Der Freiherr v. Patow legt vor: 1) kraft Allerh. Ermächtigung vom 31. Dezember: die allgemeine Rechnung des Budgets pro 1859; 2) mittelst Allerh. Ermächtigung vom 21. d. Mts. zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Feststellung des Budgets pro 1862, und die Forterhebung der 25 Proz. Zuschlag. Der Etat pro 1862 schließt in Einnahme mit 135,864,000 Thlr., in Ausgabe mit 140,903,934 Thlr. ab, und das Defizit beträgt 5 Millionen; da das Budget im Jahre 1861 in Einnahme mit 137,099,000 Thlr., in Ausgabe mit 139,085,000 Thlr. abschloß, so hat es den Anschein, als ob im Etat pro 1862 das Defizit größer geworden sei. Der Minister weist mit Zahlen nach, daß das Defizit in Wahrheit nicht größer ist. Zur Deckung desselben schlägt die Regierung die Forterhebung von 25 Prozent Zuschlag pro II. Semester im Betrage von 1,857,000 Thlr. vor; bleiben 3,181,000 Thlr. zu decken. Nun sind aus dem Jahre 1860 Ueberschüsse im Betrage von 3,867,000 Thlr. vorhanden, so daß das Defizit nicht nur gedeckt ist, sondern noch 660,000 Thlr. übrig bleiben. Der Minister geht auf einzelne Verwaltungen und ausführlich auf die Kosten für die Militärreorganisation über und versichert, daß Preußen weit entfernt ist von östreichischen Zuständen. „Wir bezahlen unsere Beamten, wir zahlen unsere Zinsen, wir haben keine schwebende Schuld, wir haben 10 Millionen Thaler in der Generalstaatskasse." Seit der Reorganisation der Armee ist noch nicht ein Thaler aus dem Staatsschatz genommen worden; es werden ihm im Gegentheil 1½ Mill. dieses Jahr zugeführt werden. Die Angabe, daß die Steuern schwer beizutreiben, ist eine ungegründete: 1858 auf 25 Mill. Solleinnahmen blieben 14,000 Thlr. Rest, 1859: Solleinnahmen 26 Mill., nur 9000 Thlr. Rest, 1860: 26 Mill., 9000 Thlr. Rest, und der Abschluß d. J. 1861 wird nicht ungünstiger sein. Der Etat ist also nicht geeignet, Beunruhigungen zu erwecken. Was den zweiten Entwurf, die Forterhebung des Zuschlags von 25 Prozent, betrifft, so steht es fest, daß mit dem Jahre 1865 dieser Zuschlag aufhören wird; bis dahin ist er nicht zu entbehren. — Der Finanzminister Freiherr v. Patow legt endlich einen Entwurf vor, betreffend die Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer. (Beifall.) Es sei hier eine sehr schwierige Frage zu lösen gewesen, und befriedige der gegenwärtige Entwurf vielleicht auch nicht Jedermann, so werde man doch jedenfalls daraus entnehmen können, daß es der Regierung Ernst ist mit dem Ausbau der Verfassung. (Bravo.) Der Entwurf wird einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. — Der Präsident Grabow: Ich weiß nicht, ob der Herr Handelsminister auch noch .... Herr v. d. Heydt macht unter allgemeiner Heiterkeit eine abwehrende Bewegung. — Das Haus geht zu Wahlprüfungen über. Abg. v. Bentkowski ergreift eine sich ihm darbietende Gelegenheit, um gegen die Zusammenlegung eines Wahlkreises zu remonstriren. Das Haus theilt die Meinung des Grafen Schwerin, daß diese Angelegenheit nicht hierher gehöre. Um 3 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung unbestimmt.

— Folgende Abgeordnete gehören zur Fraktion Grabow: Albrecht, Aldenhoven, Ambronn, v. Arnim, Baier, Baur, v. Benda, Bering, Borsche, Bürgers, Calow, v. Carnall, Delius, v. Diederichs, Frhr. v. Diepenbroick-Grüter, Dierschke, Baron v. Eiebeck, Dr. Fellenberg, Fliegel, Frehsee (Fürstenthum), Fubel, v. Funck, Gabcke, Gerlich, Götz, Grabow, Gräser, Gringmuth, Häger, v. Hartmann, Hinrichs (Rummelsburg), Jacob, Jordan, Jüngken, Karbe, Karsten, v. Kathen, Kautz, v. Kehler, Kette, Kleemann, Kleinwächter, Klose, Knövenagel, Koch, Krause (Magdeburg), Kühne, v. Langendorff, v. Leipziger, Dr. Lette, Lympius, zur Megede, Mentzel (Prenzlau), Metzke, Model, Nitschke, Ottow, Pasewaldt, v. Pfuhl, Pieper (Falkenberg), Richter, Frhr. v. Richthofen (Striegau), Frhr. v. Richthofen (Jauer), Riebold, Riemann, Ritter, Robert-Tornow, Dr. v. Rönne (Glogau), Dr. Roepell (Breslau) v. Rosenberg-Lipinsky, Rothe, v. Saenger, v. Saucken (Julienfelde), v. Saucken (Labiau), Graf v. Schack, Schanz, Dr. Schubert, Schulze (Pyritz), Sehmsdorf, Dr. Simson, Staegemann, Strohn, v. Struensee, Trautwein, Wachler, Wagner, Wahle und Zierenberg. Diesen Fraktionsgenossen haben sich gestern noch 4 Abgeordnete, darunter Leue (Salzwedel), angeschlossen, so daß heute die ganze Fraktion 92 Genossen umfaßt. Diese wie die Stärkezahl der anderen Fraktionen wird sich in nächster Zeit wahrscheinlich noch ändern, da die Bildung der Parteien noch nicht ganz zum Abschluß gekommen ist.

— Wahrscheinlich wird die Novelle zum Gesetz vom 3. September 1814 einer besonderen Militär-Kommission überwiesen werden. Die Novelle selbst enthält neben der Verlängerung der Reservepflicht auf zwei Jahre insofern eine Erleichterung, als sie das zweite Aufgebot um drei Jahre verkürzt. Eine Erschwerung für den einzelnen Mann wird dadurch nicht herbeigeführt, daß er zwei Jahre länger in der Reserve dient; denn die Rechtsverhältnisse der Reservisten und Landwehrmänner sind dieselben, nur mit dem Unterschied, daß der Landwehrmann nicht zu fragen braucht, ob er auswandern darf. Indessen soll auch den Reservisten die Auswanderung nicht abgeschnitten werden. Mit dem 36. Jahre hört die Kriegsverpflichtung auf. Sodann sollen die Uebungen sowohl der Reserve als der Landwehr auf ein Minimum eingeschränkt werden. Die Landwehr soll innerhalb fünf Jahren nur einmal zu achttäger Uebung herangezogen werden. Finanzielle Ersparnisse werden namentlich für die einzelnen Kreise in Bezug auf die Einquartierung der Landwehr-Kavallerie erzielt.

— Ueber die konservative Fraktion schreibt die „N. P. Z.": „Am letzten Sonnabend haben sich die zur konservativen Partei gehörigen Abgeordneten definitiv als Fraktion konstituirt. Von Aufstellung eines förmlichen Programms ist Abstand genommen, indem in den Hauptprinzipien Einverständniß herrscht und man im Uebrigen der individuellen Auffassung der einzelnen vorkommenden Fragen möglichst freien Spielraum lassen will. Die Fraktion steht in ihrer Mehrzahl auf dem Boden der früheren Fraktion Pückler. Sie wird dem Ministerium keine grundsätzliche Opposition machen, dasselbe vielmehr unterstützen, so weit es sich mit ihren Grundsätzen nur irgend verträgt. Förmlich angeschlossen haben sich der Fraktion bis jetzt die Abgeordneten: Graf Bethusy-Huc, v. Bonin-Stolp, v. Denzin, v. Gottberg, Heimbrod, v. Knebel-Döberitz, v. Luck, v. Massow, v. Niebelschütz, Graf Pilati, Schwenzner, v. Selchow, Frhr. v. Seherr-Thoß und Graf Strachwitz."

Lokales und Provinzielles.

EO Posen, 23. Januar. [Witterungsverhältnisse.] Nachdem wir in diesem Winter fast bis Neujahr eine anhaltend flaue Witterung gehabt hatten, trat zum Schluß des alten Jahres mit dem Umsprunge des Windes nach Osten eine bedeutende Kälte von 8° ein, die sich wiederum im Verlaufe von 24 Stunden zum Thauwetter umwandelte, als am 8. Jan. der Wind nach Süd-West umsprang. Dieses Thauwetter hielt an bis zum 12. Jan. Abends. In der Nacht vom 12.—13. sprang der Wind wiederum nach Osten um, und Montag 13. in der Frühe hatten wir wieder eine Kälte von 15°, den folgenden Tag 16,8°. Am 17. zeigte das Differentialthermometer als tiefste Temperatur 16,0, und als höchste 13,0°. Dabei hatten wir ziemlich anhaltenden scharfen Ostwind, mit abwechselnden Nord-Ost, und einen heiteren klaren Himmel, an dem zur Nachtzeit Sirius, Venus und der spät aufgehende Jupiter mit aller Intensität leuchteten. Der 20. Jan. brachte uns Schnee, was bei Ostwind im Ganzen selten ist, und eine Temparaturerhöhung bis zu 8°. Seitdem hatten wir eine mehrere Tage anhaltende Kälte von etwa 8° bei klarem Himmel und ziemlicher Windstille, die sich allmälig ermäßigte. — So weit die Nachrichten darüber bekannt sind, herrschte seit Neujahr allenthalben in Europa strenge Kälte. Am 10. Januar wurde von Moskau nach Berlin telegraphirt, daß in der vergangenen Nacht bei Ostwind eine Kälte von 20° eingetreten sei. Drei Tage und drei Nächte dauerte es, ehe dieser kalte Ostwind bis Berlin gelangte; auch dort, wie bei uns, trat die Kälte in der Nacht vom 12. zum 13. Januar ein. Seitdem fiel das Thermometer in Moskau auf 30,5°, in Petersburg auf 25°, am 18. Januar in Berlin auf 14°, in Königsberg auf 25°, in Breslau auf 12,8° und in Köln auf 9,75°. — Am seltsamsten muß den Bewohnern Konstantinopels diese Kälte vorkommen. Dort herrschte (wie gestern erwähnt) seit dem 6. Januar eine Kälte von 8—9°, das goldene Horn war zum Theil zugefroren und der Schnee lag fußhoch. — Durch den Temperaturwechsel in den letzten Wochen werden übrigens die Erfahrungen, die man über die verschiedenen Windrichtungen in unsern Gegenden gemacht hat, bestätigt, nämlich: Im Winter bringt uns der Ost-, Süd-Ost- und Nord-Ostwind eisige Kälte, indem er über die Schneefelder Sibiriens und Rußlands zu uns gelangt. Der Nordwind, indem er über die bisweilen, und dann nur theilweise zufrierende Ostsee zu uns kommt, bringt uns mäßige Kälte und öfters Schnee; der Nord-West- und Westwind gelinde Kälte und vielen Schnee, und endlich der Süd-West- und Südwind, indem er von Afrika her als Sirokko cyklonenartig sich nach Norden oder Nord-Osten wälzt, Thauwetter mit warmem Winde, der oft einen orkanartigen Charakter annimmt.

1 — [Das Anmelden der Dienstboten] binnen 3 Tagen nach erfolgtem Dienstantritte ist bekanntlich bei 10 Sgr. bis 5 Thlr. Strafe für beide Theile, Herrschaft und Gesinde, polizeilich geboten. Wie sehr diese Verordnung im Interesse der Herrschaft selber getroffen ist, zeigt aufs Neue folgender Fall: Ein Dienstmädchen, das bisher auf der Gr. Gerberstraße gedient hatte, zog zu Neujahr in einen Dienst auf dem Kanonenplatze, also vom 3. ins 4. Revier. Vor einigen Tagen lief bei der Polizei Seitens der früheren Herrschaft in der Gr. Gerberstraße die Anzeige ein, daß letztere von jenem Dienstmädchen arg bestohlen sei, was allerdings erst nach dem Abgange desselben entdeckt worden war. Nach Vorlegung des betreffenden Dienstbuches stellte sich denn heraus, daß jenes Mädchen weder auf der Gr. Gerberstraße noch auf dem Kanonenplatze angemeldet worden war, und daß dasselbe bereits als bestrafte Diebin unter Polizeiaufsicht stand. Hätte jene Herrschaft die Anmeldung nach der polizeilichen Vorschrift durch das Mädchen besorgen lassen, so wäre dieselbe einerseits durch die Polizeibehörde gewarnt worden, andererseits aber wäre die Diebin durch die polizeiliche Kontrole verhindert worden, die gestohlenen Sachen fortzuschaffen und zu verwerthen.

g — [Die Militärposten] werden, seitdem die strenge Kälte bei uns eingetreten ist, jede Stude abgelöst, jedoch nur, wenn die Kälte mehr als 12° beträgt. Einzelne Posten, die der schärfsten Kälte und dem schneidenden Ostwinde am meisten ausgesetzt sind, wie z. B. die Posten auf der Esplanade des Kernwerks, auf der Ziegelfläche, Cybinafläche rc. erhalten zum Schutze außer den Mänteln noch Pelze. Der am wenigsten beneidenswerthe, wenn auch höchste Posten steht auf der Plattform des Kehlthurms auf dem Kernwerke. — Der öffentlichen Militärmusik werden wir bis zum Eintritte milderer Witterung jedenfalls entbehren müssen, indem bei —5° die Blaseinstrumente anfangen, wegen Anfrierens der Ventile rc. den Dienst zu versagen.

□ Kosten, 22. Januar. [Feuer; Unglücksfall; zur Holzfrage; Jubiläum; Tod durch Erstickung.] Am 19. d. brannte ein zur Gutsherrschaft Kurzagóra gehöriges Komornik-Haus ab. Als Ursache wird Unvorsichtigkeit angegeben. — Am Sonnabend war der herrschaftliche Vogt desselben Ortes mit mehreren Arbeitern beschäftigt, aus den auf dem Felde befindlichen Miethen Kartoffeln herauszunehmen. Die Erde war hart gefroren. Es wurde daher nur eine Oeffnung gemacht, um die Kartoffeln herauszuholen. Als der Vogt und eine Arbeitsfrau damit beschäftigt waren, fiel die gefrorene Erdmasse zusammen, und brachte den beiden Personen erhebliche Verletzungen bei, welche den Tod des Vogts zur Folge hatten. Die Kartoffelmiethen befanden sich in unmittelbarer Nähe der Eisenbahn, auf welcher grade ein starker Güterzug passirte. Man will nun behaupten, daß in Folge der Erschütterung durch den Bahnzug die Erdmasse zusammengestürzt sei. — Bei dem fast allgemeinen Holzmangel bei uns wird der starke Winter, namentlich für die mittlere und ärmere Volksklasse, recht fühlbar. Unter 4 Thlr. pro Klafter giebt es hier gar kein Brennholz mehr, während man für eine Klafter derselben Holzgattung vor

(Fortsetzung in der Beilage.)

einigen Jahren nur noch 2½ Thlr. zahlte. Trockenes Brennholz ist bei uns nirgend und für keinen Preis in den Wäldern zu bekommen, und auch über unzureichendes Maaß wird hier und da geklagt. — Der bei der jüdischen Korporation als Kantor angestellte S. feierte in voriger Woche sein funfzigjähriges Dienstjubiläum. Die betreffende Gemeinde hat bei dieser Gelegenheit durch sehr ansehnliche Geschenke, Ueberreichung eines Pfandbriefes von 100 Thlrn. u. s. w. an den Tag gelegt, daß sie die Diensttreue und amtliche Thätigkeit des Jubilars zu würdigen weiß. — In L. erstickte neulich ein Handelsmann B. an Kohlendunst. Binnen 14 Wochen sind überhaupt in der Umgegend von L. fünf Personen eines nicht natürlichen Todes gestorben. Merkwürdig ist, daß jeder einzelne dieser Fälle an einem Sonnabende sich ereignete.

‡ Krotoschin, 22. Jan. [Wahl in Koźmin.] Die am Montag in Koźmin vollzogene Nachwahl für den Abgeordneten v. Niegolewski hat leider wieder Zeugniß von der großen Spaltung der beiden Nationalitäten gegeben. Man trug polnischer Seits die Abneigung gegen die Deutschen so offenkundig zur Schau, daß man sich aller Rücksichten entschlug, und selbst den Rittergutsbesitzer Buttel auf Wykow, einen um das Wohl des Kreises sehr verdienten Mann, nicht als Wahlbeisitzer fungiren lassen wollte und ihn trotz des Widerspruchs der Deutschen nicht annahm. Dasselbe versuchte man gegen den Landrath Gregorovius, der als Protokollführer in Vorschlag gebracht worden war, und nur an der energischen Haltung des Wahlkommissars, der sich durch Schreien und Lärmen nicht irre führen ließ und eine namentliche Abstimmung vornehmen wollte, brach sich der Widerstand. Einzelne Polen, die dieses Gebahren nicht billigten, versicherten, der Landrath Gregorovius spreche polnisch, und dadurch wurden dann einige Hauptopponenten beruhigt. Zu Anfang der Abstimmung erschien als aufgerufen der Probst Stroinski aus Benice, und, vielleicht um zu erfahren, ob Herr Gregorovius polnisch spreche, fragte er, was er solle! Herr Gregorovius antwortete ihm indeß nicht und ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes gab die verlangte Auskunft. Wir können doch nicht glauben, ein Probst wisse nicht, was er solle, wenn er im Wahlverfahren vorgerufen wird. Den Bauern wurde im Wahllokale gesagt, den Herrn v. Niegolewski fürchteten die Deutschen und die Beamten mehr denn 30 Teufel und nur deshalb hätten sie die Nachwahl herbeigeführt. Am Schlusse des Wahlverfahrens hatte der Wahlvorstand zu entscheiden, ob überhaupt die auf v. Niegolewski gefallenen Stimmen Geltung haben. Da der Wahlvorstand zur Mehrzahl aus polnischen Mitgliedern bestand, so war der Ausspruch unzweifelhaft. Polnischer Seits wollte man einen Protest der Verhandlung darum beifügen, daß an v. Niegolewski eine deutsche Benachrichtigung erlassen sei, doch nahm der Wahlkommissarius diesen nicht an, ebenso wies er einen Protest der Deutschen zurück. Die Polen hielten später noch eine Versammlung, von der sie eine Anzeige nicht gemacht hatten, und brachten dadurch die Polizei zum Einschreiten, deren Organe bei dieser Gelegenheit vielleicht Widerstand gefunden haben würden, wenn sie eine Auflösung der Versammlung beabsichtigt hätte. Es wurde aber nur die öffentliche Verhandlung untersagt. Das Resultat der Wahl ist Ihnen bereits gemeldet. Deutscher Seits hatte der Kreis Krotoschin mit einigen Ausnahmen den Gutsbesitzer Freytag auf Trzebowo aufgestellt. Diesen Kandidaten hielt auch der Kreis Krotoschin so lange fest, bis man erfuhr, die Polen würden wieder Hrn. v. Niegolewski aufstellen. Da bei der Wahl am 6. v. Mts. Gutsbesitzer Kennemann auf Klenka Gegenkandidat war, so trat Freytag zurück und bat, die Stimmen auf Kennemann zu vereinigen, wie es denn auch geschehen ist. Haben viele Deutschen auch gefehlt, namentlich alle deutschen Wahlmänner der Stadt Kobylin, so haben die Polen doch gesehen, daß wir durchaus nicht Willens sind, uns durch ihre bedeutende Majorität, durch ihr schroffes Auftreten einschüchtern zu lassen, sondern daß wir einmüthig unsere Rechte zu vertheidigen gedenken. Die Deutschen haben gegen die Wahl protestirt, weil sie die Nachwahl für eine Fortsetzung der Wahl vom 6. v. M. (?), und deshalb die auf Herrn v. Niegolewski gefallenen Stimmen als ungültig ansehen.

r Wollstein, 22. Januar. [Geschäftliches; Wohlthätigkeit.] Das Getreidegeschäft, das auf den hiesigen Wochenmärkten wegen der starken Zufuhren und wegen der anwesenden Käufer aus den benachbarten schlesischen und märkischen Kreisen stets sehr lebhaft war, ist durch die seit Monaten anhaltende Stabilität der Preise auf allen Handelsplätzen, ins Stocken gerathen. Es treten als Käufer nur Müller und Bäcker auf, die wöchentlich die Einkäufe für ihren Bedarf besorgen. Auch das Spiritusgeschäft geht sehr flau und diese Flauheit wirkt selbstredend nachtheilig auf alle übrigen Geschäftszweige und auf den kleinen Handwerkerstand, so daß die Klagen über Nahrungslosigkeit sich von Tag zu Tag vermehren. — Das Hopfengeschäft das in Folge von Aufträgen aus dem Auslande vor einigen Wochen einiges Leben zeigte, ruht ebenfalls wieder vollständig und selbst zu niedrigen Preisen und bei willigem Abgeben der Inhaber werden keine Geschäfte abgeschlossen. — Bei dem anhaltenden strengen Froste und bei der enormen Höhe der Holzpreise ist es doppelt anerkennenswerth, daß die hiesigen bemittelten Israeliten unter sich in diesen Tagen über 50 Thlr., Behufs Ankaufs von Holz zur Vertheilung an die Armen aufgebracht haben. Eine christliche Familie, die sich stets aller Nothleidenden ohne Unterschied des Glaubens liebevoll annimmt, hat bereits vor einigen Wochen eine bedeutende Quantität Holz an Arme vertheilt.

z Zirke, 22. Jan. [Taktlosigkeit; Volkszählung; Verschiedenes.] Der hiesige Pastor Trinius besuchte am 16. d. die jüdische Elementarschule, um in seiner Eigenschaft als Schulinspektor in derselben eine Prüfung abzuhalten. Im Verlaufe dieser Prüfung vertheilte er als Prämien an die befähigteren Schüler und Schülerinnen Missionsblätter mit dem Versprechen, diese Vertheilung zu wiederholen, wenn sich dieselben einer solchen Auszeichnung durch fleißiges Lernen würdig machen würden. Mehrere dieser Druckschriften, welche die Eltern sofort dem Schulvorstande einreichten, enthalten Darstellungen einiger größtentheils dem Neuen Testamente entnommenen Schriftstellen in Bildern, und auf der Rückseite verschiedene christliche Kirchenlieder. Wie ich aus sicherer Quelle erfahre, ist Seitens der Verwaltungsbeamten und des Schulvorstandes der hiesigen jüdischen Gemeinde anläßlich dieser Handlungsweise des Pastor T. an die K. Regierung das Gesuch gerichtet worden, denselben seines Amtes als Schulinspektor der jüdischen Schule zu entheben. — Die neueste Volkszählung hat sich im diesseitigen Regierungsbezirk in ihrem Resultate dahin mangelhaft erwiesen, als die ohne Auswanderungs-Konsens nach dem Auslande verzogenen Einwohner in dieselbe nicht aufgenommen worden sind. Eine kürzlich ergangene Zirkular-Verfügung der k. Regierung hat nun den Grundsatz festgestellt, daß alle Inländer, welche ihr Domizil seit weniger als zehn Jahren verlassen, ohne den Konsens zur Auswanderung erhalten zu haben, nach dem Gesetze vom 31. Dez. 1842 noch preußische Unterthanen, und als solche mit ihrer etwa im Auslande hinzugekommenen Familie in die Urliste mit aufzunehmen seien. Welche Tragweite diese an sich ganz gerechtfertigte Maaßnahme zu Gunsten der Staatseinnahmen haben kann, läßt sich berechnen, wenn man erwägt, welche große Zahl von Personen den hiesigen Regierungsbezirk theils aus Spekulation, theils um sich dem Militärdienste zu entziehen, seit zehn Jahren verlassen und nach Polen und Amerika ausgewandert ist. In hiesiger Stadt allein sind auf diese Weise an 200 Personen nachgezählt worden! — Dem Schlosserlehrling Wilhelm Traute hierselbst ist für Rettung eines Menschen vom Ertrinken die Rettungsmedaille verliehen worden. — Der Magistrat hat den mit dem Turnunterricht beauftragten Lehrern zu Neujahr Gratifikationen bewilligt. Für die Beschaffung der Utensilien zum Turnunterricht sind 15 Thlr. verwendet und sollen dieselben nach Bedarf vermehrt werden. — Dem hiesigen Lehrer Bensch ist vom Provinzial-Schulkollegium die Vergünstigung ertheilt worden, ein Jahr die Musikakademie zu Berlin auf Staatskosten zu besuchen. B. ist als zweiter Elementarlehrer an der kath. Schule angestellt und zugleich Organist an der kath. Kirche.

ξ Bromberg, 22. Jan. [Vorschußverein; Feuer; Weichsel; Unglücksfall.] Am Montag Abend fand eine Versammlung des hiesigen Vorschußvereins statt, der jetzt etwa 96 Mitglieder aus dem Kaufmanns- und Handwerkerstande zählt, um den halbjährlichen Bericht vom 1. Juli 1861 bis 1. Januar 1862 entgegenzunehmen. Hiernach ist die Lage der Kasse, der in letzter Zeit auch mehrfache Kapitalien der hiesigen Sparkasse zugeflossen sind, da ein höherer Zinsfuß (5 %) gezahlt wird, eine günstige. Am 1. Juli 1861 war der Kassenbestand 4 Thlr., am 1. Januar 1862 dagegen 246 Thlr. Die Monatssteuer der Mitglieder betrug 145 Thlr. 20 Sgr.; die vom Vereine aufgenommenen Kapitalien beliefen sich auf 1249 Thlr. An Zinsen von den Vorschüssen betrug die Einnahme 54 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf., die zurückgezahlten Darlehne beliefen sich auf 1165 Thlr. Im Ganzen betrug die Einnahme 2634 Thlr. Ausgeliehen wurden im verflossenen halben Jahre an baaren Vorschüssen in 70 Posten 2325 Thlr., die Seitens des Vereins zurückgezahlten Kapitalien beliefen sich auf 53 Thlr. Die Versammlung war von etwa 60 Mitgliedern besucht; die Theilnahme für dieses Institut wird hoffentlich bald eine noch größere Ausdehnung gewinnen. — In der Nacht zum 17. d. wurden die Bewohner des Städtchens Fordon durch Feuerlärm geweckt; die Bretterbuden auf dem Bauplatze des Schiffsbaumeisters Vietz sind vollständig niedergebrannt. Der Eigenthümer hat nicht nur dadurch, sondern auch insofern bedeutenden Schaden erlitten, daß ihm vieles Handwerkszeug und Bauholz mit verbrannt und ein auf der Baustelle befindlicher, im Bau begriffener Weichselkahn stark beschädigt ist. Versichert war gar nichts. Ueber die Entstehung des Feuers ist bisher nichts ermittelt. — In Folge des starken Frostes ist in voriger Woche die Eisbahn über die Weichsel bei Fordon ausgesteckt und begossen. Die Passage über den Strom ist sonach wieder eröffnet und kann mit dem schwersten Fuhrwerk ausgeführt werden. — In der Herrmannschen Tuchfabrik hatte am Freitage eine Arbeiterin, 30 Jahre alt, das Unglück, mit einem Arme in das Getriebe einer Maschine zu gerathen. Der Arm wurde von der Schulter an bis unten hin bis auf den Knochen vom Fleische entblößt, und die Beschädigte wurde sofort nach dem städtischen Lazareth geschafft.

Vermischtes.

* Aus Königsberg wird der „Bromb. Ztg." geschrieben, daß dort in der Nacht vom 18. auf den 19. Januar vor den Thoren 31° Kälte waren. In Folge davon ist eine Schildwache am Herzogsacker und zwei Schildwachen in Karschau erfroren. Karschau ist der Uebungsplatz der Artillerie und etwa eine Viertel-Meile von der Stadt entfernt.

* Paris, 20. Jan. Man hat jetzt nähere Einzelheiten über die schrecklichen Vorfälle, die sich gestern auf dem See im Bois de Boulogne ereigneten. Die erste Person, die auf dem Eise einbrach (und zwar der Spitze der Insel gegenüber), war ein Kutscher. Mehrere andere Personen eilten ihm zu Hülfe, aber das Eis brach zusammen und alle, ungefähr zwölf an der Zahl, stürzten ins Wasser. Mehrere verschwanden unter den Eisschollen, anderen, die schwimmen konnten, gelang es, das Ufer zu erreichen. Es war ein fürchterlicher Moment. Die Menge, die auf dem Ufer stand, konnte zur Rettung der Verunglückten nichts thun, da das Eis zwischen dem Ufer und der Stelle, wo das Unglück stattfand, aufgehauen war. Ein junger Mann, der sich auf dem Eise befand, sprang aber doch ins Wasser, um einen zu retten, der etwas schwimmen konnte und sich über dem Wasser erhielt. Er erfaßte den vom Tod bedrohten an den Haaren und es gelang ihm, denselben mit großer Anstrengung über dem Wasser zu erhalten. Man warf ihm ein Ruder zu; unglücklicherweise konnte er es aber nicht fassen. Zuletzt versagten ihm die Kräfte. Einen Augenblick ließ er den los, welchen er retten wollte, ergriff das Ruder, aber als er den, für welchen er sein Leben wagte, wiederergreifen wollte, war derselbe unter den Eisschollen verschwunden. Drei Personen wurden todt aus dem Wasser hervorgezogen, eine vierte konnte nicht aufgefunden werden. Die übrigen wurden gerettet. Man brachte dieselben in ein benachbartes Café, wo ihnen die erste Hülfe zu Theil wurde. Es werden noch vier Personen vermißt. Auf einer anderen Stelle waren fünfzehn Personen eingebrochen; glücklicher Weise war jedoch das Wasser dort nicht tief. Auffallen muß es, daß man gar keine Vorsichtsmaaßregeln ergriffen hatte. Die Eisdecke war noch keineswegs sehr dick, und doch waren bei der ungeheuren Menschenmenge, die sich an solchen Tagen im Bois de Boulogne einfindet, nicht die geringsten Rettungsmaaßregeln getroffen worden. An Aerzten und dgl. fehlte es vollständig. Die Boote waren ohne Bemannung, und als endlich den Verunglückten ein Nachen zu Hülfe eilte, war man genöthigt, das Eis mit dem Ruder aufzuschlagen. Die, welche das Rettungswerk versuchten, waren ein paar junge Leute, die den Kahn losgemacht hatten. Die ganze offizielle Welt hatte den Kopf verloren.

* Am Abend des 12. Januar hat am Montblanc ein furchtbarer Bergsturz stattgefunden. Der ganze Wald von La Perrière ist durch die herabstürzenden Steinmassen vernichtet, wie auch eine große Strecke der eben vollendeten Landstraße. Glücklicher Weise ist bei dem Unglücke Niemand umgekommen.

Angekommene Fremde.

Vom 23. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer v. Scheele aus Krzyżkowo und v. Delhaes aus Czempin, Frau Rittergutsbesitzer Stoc aus Tarnowo, Literat Schilling aus Riga, Apotheker Görtz, die Fabrikanten Eicke und Kubicki und die Kaufleute Schwarz aus Berlin, Pohl aus Landshut, Boy aus Glauchau, Probsthan aus Glogau, Corthum aus Krefeld, Buxzel und Tayon aus Paris, Wieting aus Bremen, Lewy aus Hamburg, Raweck und Pitsch aus Breslau.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rechtsanwalt Salomon aus Berlin, Fabrikbesitzer Günther aus Dresden, die Kaufleute Deichmann aus Glogau, Lode und Benas aus Berlin.

HOTEL DU NORD. Fürst Czartoryski aus Wien, die Rittergutsbesitzer Graf Brzostowski aus Czarnożyły und v. Karczewski aus Czarnotki, Frau Rittergutsbesitzer v. Swinarska aus Dembe, Partikulier Brechan aus Murzyn und Probst v. Breański aus Tarnowo.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rentmeister Emmel aus Stenszewo, Malermeister Kopański aus Iwanowiec und Oberamtmann Burghard aus Górtatowo.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Herrmann aus Krzyżownik und Piątkowski aus Pierwoszewo, Stud. philos. Niemczewski aus Breslau, die Rittergutsbesitzer Walz sen. und jun. aus Buszewo und Rohrmann aus Chrząstowo.

BAZAR. Gutsbesitzer v. Mierzyński nebst Frau aus Bythin.

HOTEL DE PARIS. Probst Kozłowski aus Łagiewnik, Frau Gutsbesitzer v. Buchowska aus Pomarzanki, die Gutspächter Laskowski aus Smogulec und Seredyński aus Myszki.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer Kluge aus Rabowiec, Frau Distrikts-Kommissarius Cichowicz aus Sady, Rentier Sandberg aus Breslau, Inspektor Rosenthal aus Marienberg, Apotheker Krüger aus Stenszewo und Kaufmann Oppenheimer aus Wollstein.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Regina** mit dem Herrn **Jacob Benas** zeigen wir Verwandten und Freunden ergebenst an.
Posen, im Januar 1862.
J. S. Katz und Frau.

Regina Katz,
Jacob Benas.
Verlobte.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Todesfälle. Ob. Reg. Rath K. F. Rüdiger in Frankfurt, ein Sohn des Hofmedikus Dr. Marggraff in Potsdam, Fr. B. v. Hövell geb. v. Sydow auf Beydritten bei Königsberg in Preußen, Hauptmann a. D. v. Zylinsky in Wittenberg, Fr. M. Steinfeld geb. Ulrich in Erfurt, Frl. M. v. Arnswald in Rudolstadt, Hauptmann a. D. E. v. Zichlinski in Berlin, Präsident der Gen. Komm. Bauer in Stargard in Pom., eine Tochter des Oberst v. d. Groeben in Danzig, Major a. D. v. Friederici-Steinmann in Kunnersdorff, ein Sohn des Superintendent Henschke in Sachsendorf, eine Tochter des Pastor Müller in Dobergast, Stadtgerichtsrath a. D. Naumann in Berlin, Pastor emer. Ch. Schoene in Kottbus, Assistenzarzt Dr. Schmidt in Kreuzburg, Eisenhändler Heintze in Ober-Glogau, Lotterieeinn. Brauns in Magdeburg, Geh. Sekretär Noël in Berlin, Fabrikbesitzer Schwengberg in Bruchmühle, Oberamtmann Wahnschaffe zu Hakenstedt, Baumeister Schultze in Dessau, Stadtrath Görschner in Nordhausen, Ortspfarrer Rasmus in Schwenten.

Stadttheater in Posen.

Donnerstag, neu einstudirt, zum Benefiz für Fräul. Hartmann: **Preziosa, das Zigeunermädchen.** Romantisches Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von Wolf. Musik von C. M. v. Weber.

Freitag: **Der Wildschütz,** oder: **Die Stimme der Natur.** Große komische Oper in 3 Akten von Lortzing.

Sonntag, zum Erstenmale: **Ein jüdischer Dienstbote.** Großes Schauspiel mit Gesang und Melodramas in 3 Abtheilungen und 10 Bildern von Elmar, Verfasser von „Unter der Erde". „Der Dienstbote" wird fortwährend am Karltheater mit großem Beifall gegegen.

Montag, zur 106jährigen Geburtsfeier Mozarts: **Don Juan.**

In Vorbereitung: **Fra Diavolo, Undine, Johann von Paris.**

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 23. Januar 1862.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	89⅝	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	—	102¼	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	107⅛	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	—	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	103	—
" 3½ "	—	97¾	—
" 4 " neue "	—	95⅛	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 4% "	—	—	—
Poln. 4 " "	—	—	—
Posener Rentenbriefe	—	97½	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	94	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	—	—
" Provinzial-Bankaktien	—	91¾	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	84½	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen, gut behauptet, pr. Jan. u. Jan.-Febr. 44 5/12 bz., Br. u. Gd., Febr.-März 44½ Br., März-April 44⅞ Br., Frühjahr 44 7/12 bz. ⅔ Br., April-Mai 44⅞ bz. u. Gd., ⅞ Br.

Spiritus, matt, gekündigt 12,000 Quart, mit Faß pr. Jan. 16¾ bz. u. Br., Febr. 16⅞ bz., 19/24 Br., März 17—16 23/24 bz. u. Gd., 17 Br., April 17⅛ bz. u. Br., Mai 17⅓ Gd., 5/12 Br., Juni 17⅛ Gd., 7/12 Br.

Wasserstand der Warthe:
Posen am 22. Jan. Vorm. 8 Uhr 4 Fuß 2 Zoll.
" 23. " " " 4 " — "

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Jan. Wind: S. Barometer: 28². Thermometer: früh — 3°. Witterung: mildere Luft.

Weizen loko 64 a 83 Rt.

Roggen loko 52½ a 53 Rt., p. Jan. 52⅝ a 52⅜ Rt. bz., 52¾ Br., 52½ Gd., p. Jan.-Febr. 52½ a 52½ Rt. bz. u. Br., 52⅜ Gd., p Febr.-März 52 Rt. bz., p. Frühjahr 51½ a 51⅜ a 51⅝ Rt. bz., 52¾ Br., 52½ Gd., p. Mai-Juni 51¾ a 52 Rt. bz. u. Br., 51¾ Gd., p. Juni-Juli 52½ Rt. bz.

Große Gerste 36 a 40 Rt.

Hafer loko 22 a 26 Rt., p. Jan. 23¾ Rt. Br., p. Jan.-Febr. 23¾ Rt. Br., p. Febr.-März 23¾ Rt. Br., p. Frühjahr 23¾ Rt. Br., p. Mai-Juni 24½ Rt. bz.

Rüböl loko 12½ Rt. Br., p. Jan. 12½ Rt. bz. u. Br., 12 11/24 Gd., p. Jan.-Febr. 12½ Rt. bz. u. Br., 12 11/24 Gd., p. Febr.-März 12½ Rt. bz. u. Br., 12 11/24 Gd., p. April-Mai 12½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 12 13/24 Rt. bz. u. Br., 12½ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 17⅜ a 17¾ Rt. bz., p. Jan. 18 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Jan.-Febr. 18 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Febr.-März 18 1/12 a 18 1/24 Rt. bz. u. Gd., 18 1/12 Br., p. März-April 18¼ Rt. bz., p. April-Mai 18 7/12 a 18½ a 18 13/24 Rt. bz, 18 7/12 Br., 18½ Gd., p. Mai-Juni 18¾ a 18⅝ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 19 a 18 11/12 Rt. bz. u. Gd., 19 Br. p. Juli-August 19⅓ a 19¼ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5 a 5¼, 0. u. 1. 4¾ a 5 Rt. Roggenmehl 0. 3 11/12 a 4⅛, 0. u. 1. 3½ a 3⅝ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 22. Januar. Wetter: milder, leicht bewölkt, — 1° R. Wind: SO.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 74-79½ Rt. bz., 1 Conn rein Schles. feiner 81½ Rt. bz., weißer do. 80⅔pfd. abgelad. 79 Rt. bz., extrafeiner Krakauer 84½ Rt. bz., 83/85pfd. gelber Frühjahr 84, 83¾ Rt. bz, 84 Rt. Br.

Roggen loko p. 77pfd. 48¾-49½ Rt. bz., 77pfd. p. Jan. 50 Rt. Br., Jan.-Febr. do., Frühjahr 50 Rt. bz. u. Br., Mai-Juni 50¼ Rt. Br., Juni-Juli 50¾ Rt. Br.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
72—79	48—54	34—38	24—28	48—52.

Rüböl loko flüssiges 12 5/12 Rt. bz. 12½ Br., gefrornes 12½ Rt. bz., Jan. 12½ Rt. Br., April-Mai 12 7/12 Rt. bz., u. Gd., Sept.-Okt. 12½ Rt. Gd., 5/12 Br.

Spiritus loko ohne Faß 17⅜ Rt. bz., Jan., Jan.-Febr. u. Febr.-März 18 Rt. Br., Frühjahr 18 11/24, 5/12 Rt. bz. u. Gd., 18½ Br., Mai-Juni 18⅝ Rt. Br. (Ostſ. Ztg.)

Breslau, 22. Jan. Wetter: mildere Temperatur bei heiterer Luft, früh — 4°. Wind: O.

Feiner weißer Weizen 88—90 Sgr., mittelweißer und weißbunter 84—87 Sgr., f. gelber Schles. 88 - 91 Sgr., galizischer 80—83—86 Sgr., blauspitziger 70—75—80 Sgr.

Feiner Roggen 61—62 Sgr., mittler 58—59 Sgr., ordinärer 56—57½ Sgr.

Gerste feine weiße und schwere 41—43 Sgr., helle 39—40 Sgr., gelbe 37—38½ Sgr.

Hafer 23—26½ Sgr. nach Qual. u. Gew. bz.

Erbsen feine Koch- 63—65 Sgr., mittele 58 bis 60 Sgr., Futter- 50—54 Sgr.

Winterraps 103—107—111 Sgr.

Kleesamen, feinrother 12½-13½ Rt., feinmittel 11½-12½ Rt., mittl. 10½-11½, ordin. 9—10 Rt., weißer fein. 20 — 22 Rt., fein mittler 18 — 19 Rt., mittler 15—17 Rt., ordinärer 11—14 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16½ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Jan. 46¾ Br., Jan.-Febr. u. Febr.-März 46½ Br., März-April 46 bz., April-Mai 46½ Br., Mai-Juni 46¾ Br.

Rüböl loko 12 1/12 Br., p. Jan., Jan.-Febr. u. Febr.-März 12 Br., März-April u. April-Mai 12 1/12 Br.

Spiritus loko 16½ Gd., p. Jan. u. Jan.-Febr. 16⅔ Br., Febr.-März 17 Br., April-Mai 17½ bz., 17½ Gd. (Br. Hdlsbl.)

Hopfen.

Roth, 18. Jan. In Nürnberg, Hersbruck, dahier und der nächsten Umgebung wird so allmählich aufgekauft und ist der Preis zu 70 und 75 Fl. für Roth zu notiren.

Spalt, 18. Jan. Mit der völligen Aufräumung des Hopfens geht es doch nicht so schnell, als man vor einigen Wochen glaubte, denn während bei ruhigem Geschäfte die Käufer nicht mehr den frühern Preis bieten, sind unsere Produzenten zur Abgabe des geminderten Preises nicht geneigt, daher kommt es, daß dahier noch ansehnliche Partien schöner Waare vorräthig sind. Gestern und vorgestern wurde, je nach Qualität, zu 80, 85 und 90 Fl. gekauft.

Von der Rezat, 17. Jan. Das Geschäft im Hopfen geht flau und die Preise von Spalter Stadtgut und Weingarter Gewächs sind auf 80, 90 und 95 Fl. geblieben.

Heideck, 18. Jan. Erst seit einigen Tagen ist wieder etwas Leben in das ruhige Geschäft der Hopfenkäufe gekommen, und da wir theilweise noch feine Qualität besitzen, so sind auch unsere Produzenten zur Abgabe billigerer Preise nicht geneigt. Es wurde zu 75 u. 80 Fl. gekauft.

Alost, 18. Jan. Hopfen 220—208 Fr. pr. 100 Kil.

Poperinghe, 17. Jan. Hopfen 130 Fr. pro 50 Kil.

Wollbericht.

Wien, 18. Jan. Das Wollgeschäft verharrt in gedrückter Haltung, und wenn auch Umsätze stattfinden, so stellt sich doch bei derartigen Verkäufen, wie sie jetzt vorkommen, für die Händler eher Verlust als Nutzen heraus. Es wurden in der abgelaufenen Woche 250 Zentner gewaschene russische Wolle, angeblich im Preise von 180—85 Fl., nach Brünn und einige Pöstchen Einschur nach Reichenberg verkauft. In Mittelwollen sind die hiesigen Lager noch gut fortirt und die Besitzer zeigen sich sehr nachgiebig.

Pest, 18. Januar. [Schafwolle.] In dieser Woche war das Geschäft ziemlich belebt; es wurde eine Partie von ca. 350 Ztr. feiner Einschur aus erster Hand von einem Wiener Hause à 153—155 Fl., und ca. 350 Ztr. Debrecziner und Bácser Einschuren zu Neujahrspreisen aus dem Markte genommen.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 22. Januar. Weizen loko stille, ab Auswärts fest gehalten, ohne Geschäft. Roggen loko fest, ab Danzig Frühjahr 88—89, ab Königsberg 89—90 zu kaufen. Oel Mai 26⅞, Oktober 25⅞. Kaffee unverändert. Zink 500 Ctr. loko bis ultimo März 11 15/16.

Liverpool, 22. Jan. Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 22. Januar 1862.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	84 bz
Aachen-Mastricht	4	22⅞ bz
Amsterd. Rotterd.	4	89 bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	104¾-104½ bz
do. Lt. B.	4	89 bz
Berlin-Anhalt	4	133½ bz
Berlin-Hamburg	4	115 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	153-½ bz
Berlin-Stettin	4	127 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	115¾ bz
Brieg-Neiße	4	53¾ G
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	163½-65 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	37 bz
do. Stamm-Pr.	4½	82½ G
do. do.	4	85 bz
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	129 bz u G
Magdeb. Halberst.	4	256 B
Magdeb. Wittenb.	4	44-45½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	114½-¾ bz
Mecklenburger	4	54½-54⅝ bz
Münster-Hammer	4	96½ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	98 B
Niederschl. Zweigb.	4	39-40 bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	56½-½-57½-56⅝ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	131-32 bz
do. Litt. B.	3½	116½ G
Oest. Franz. Staat.	5	132-½ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	34¾ bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	55 G
Rheinische,	4	92 bz
do. Stamm-Pr.	4	98½ G
Rhein-Nahebahn	4	24 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	84 bz
Stargard-Posen	3½	90½ bz
Thüringer	4	111½ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115 G
Berl. Handels-Ges.	4	78¾ G
Braunschw. Bk. A.	4	74¼ B
Bremer do.	4	101¾ G
Coburg. Kredit-do.	4	60 etw bz
Danzig. Priv. Bk.	4	96¾ G
Darmstädter abgst.	4	79½-79 bz u G
do. Zettel-B. A.	4	98 G
Dessauer Kredit-do.	4	8⅜-8 bz u B
Dessauer Landesbk.	4	24½ bz
Disk. Comm. Anth.	4	89 Kl bz u B
Genfer Kred. Bk. A.	4	37⅞-38 bz u B
Geraer do.	4	72 G
Gothaer Priv. do.	4	73 G
Hannoversche do.	4	94¾ G
Königsb. Priv. do.	4	94 G
Leipzig. Kredit-do.	4	65½ G
Luxemburger do.	4	87 G
Magdeb. Priv. do.	4	85 G
Meining. Kred. do.	4	80 bz
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	88½ bz
Oestr. Kredit- do.	5	65¾-66¼ bz
Pomm. Ritt. do.	4	82½ etw bz
Posener Prov. Bank	4	92 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	121 B
Rostocker Bank Akt.	4	110 G
Schles. Bank Verein	4	88 B
Thüring. Bank-Akt.	4	54½ G
Vereinsbank. Hamb.	4	101 G
Waaren-Kr.-Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	75 B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	106 Kl bz
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	70 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	71 G
Minerva, Bergw. A.	5	23 B
Neustädt. Hüttenv. A	5	7¾ G
Concordia	4	106 G
Magdeb. Feuerversf. A	4	430 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	90 bz
do. II. Em.	4	89 bz
do. III. Em.	4½	97 G
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	67¾ bz
Bergisch-Märkische	5	101¼ bz [103¼ G
do. II. Ser.	5	101 bz (II. 55)
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	83 bz, IV. 104
do. Düsseld. Elberf.	4	91½ G [G
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	90¾ bz
do. II. Ser.	4½	98⅛ B
Berlin-Anhalt	4	99¼ G
do.	4½	102¼ G
Berlin-Hamburg	4½	103 G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	96⅝ bz, B. — —
do. Litt. C.	4½	102 G
do. Litt. D.	4½	101½ G
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	94⅝ bz
do. III. Em.	4	94⅝ B
Bresl. Schw. Freib.	4½	100¾ G
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	96½ bz
Cöln-Minden	4½	102¼ G
do. II. Em.	5	104½ B
do.	4	93¾ G
Cöln-Minden III E.	4	91 bz
do.	4½	101 G
do. IV. Em.	4	90 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	87½ bz
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	102¾ B
Magdeb. Wittenb.	4½	99½ bz
Niederschles. Märk.	4	96½ bz
do. conv.	4	96 G
do. conv. III. Ser.	4	95 B
do. IV. Ser.	5	101½ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	102½ bz
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	86½ B, C. — —
do. Litt D.	4	94⅝ G
do. Litt. E.	3½	83 bz
do. Litt. F.	4½	101 G
Oestreich. Französ.	3	261½-61 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	101½ G II. 101½ G
do. III. Ser.	5	101¼ G
Rheinische Pr. Obl.	4	91½ G
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Rheinische Pr. Obl.	4½	95⅛ G
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	99½ bz, II. 99½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	96½ G
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	100½ G
do. III. Em.	4½	100¼ G
Thüringer	4½	102¾ G, II. — —
do. III. Ser.	4½	102¼ bz
do. IV. Ser.	4½	102 bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	102¾ bz
Staats Anl. 1859	5	108 bz
do.	4½	103 bz
do. 1856	4½	103 bz
do. 1853	4	99¾ bz
N. Präm St A 1855	3½	121¼ bz
Staats-Schuldsch.	3½	89⅞ bz
Kur-u Neum. Schldv	3½	89 bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102¾ G
do. do.	3½	87½ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	106¾ B
Pfandbriefe: Kur-u. Neumärk.	3½	93 bz
do.	4	101 bz
Ostpreußische	3½	87¾ G
do.	4	98¼ B
Pommersche	3½	91¼ B
do. neue	4½	100⅜ bz
Posensche	4	103¼ G
do.	3½	98 bz
do. neue	4	95½ bz
Schlesische	3½	94¼ G
V. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	87⅜ bz
do.	4	98½ bz
Rentenbriefe: Kur-u. Neumärk.	4	99½ bz
Pommersche	4	99⅜ G
Posensche	4	97½ bz
Preußische	4	99⅜ B
Rhein- u. Westf.	4	99¼ B
Sächsische	4	99½ bz
Schlesische	4	99¾ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	48½ B
do. National-Anl.	5	59¼-⅛ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	63½ B
do. neue 100fl. Loose	—	59¾ etw bz u B
Russische/Polnische: 5. Stieglitz-Anl.	5	84¾ bz
6. do.	5	98⅜ bz u G
Englische Anl.	5	96 B
N. Russ. Egl. Anl.	3	59 B [89¾ G
Poln. Schatz-O.	4	79¾ bz [4½%
Cert. A. 300 Fl.	5	94¼ G
do. B. 200 Fl.	—	23½ G
Pfdbr. u. in SR.	4	84¾ B
Part. O. 500 Fl.	4	92 G
Oestr. 5proz. Loose	5	63½-⅛ bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	98½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	53 bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	31 bz u G
Dessau. Präm. Anl.	3½	101½ G
Schwed. Präm. An.	—	89 B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 6 G
Louisd'or	—	109½ bz
Sovereigns	—	6. 20½ G
Napoleonsd'or	—	5. 9⅝ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 457½ G
Dollars	—	1. 11⅛ bz
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99 2/10 bz
Fremde Banknot.	—	99⅛ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99 8/10 bz
Fremde kleine	—	99⅛ G
Oestr. Banknoten	—	71⅛-¾ bz
Poln. Bankbillet	—	84¼ G

Wechsel-Kurse vom 21. Januar.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142⅝ bz
do. 2 M.	3	141⅞ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150⅞ bz
do. do. 2 M.	2½	150¼ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 20 bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79½ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	71⅞ bz
do. do. 2 M.	5½	70¾ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 G
Frank. 100 fl. 2 M.	3½	56. 26 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ bz
do. do. 2 M.	4	99⅛ bz
Petersb. 100 R. 3 W.	7	92⅝ bz
do. do. 3 M.	7	91⅞ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109¾ bz
Warschau 90 R. 8 T.	5	84¼ bz

In allen Eisenbahnaktien war heute die Geschäftslust reger und die Umsätze erregten eine große Ausdehnung.

Breslau, 22. Jan. Bei sehr animirter Stimmung und bedeutenden Umsätzen sind sämmtliche Spekulationspapiere, namentlich aber Eisenbahn-Aktien merklich höher bezahlt worden.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bank-Aktien 65¾-⅝ bz. Oestr. Loose 1860 64 Br. Posener Bank 91¾ Gd. Schlesischer Bankverein 88 Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Akt. 116½ Br. dito Prior. Oblig. 94 1/12 Gd. dito Prior. Oblig. Lit. D. 101¼ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 101⅓ Br. Köln-Mindener Prior. —. dito Prior. Oblig. 90½ Br. Neisse-Brieger 54⅝ Br. Niederschl. Märk. —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 130 Gd. dito Lit. B. 116⅜ Br. dito Prior. Oblig. 95⅛ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 101¼ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 83½ Br. Oppeln-Tarnowitzer 35 Br. Kosel-Oderb. 37⅝ Br. dito Prior. Obl. —. dito Stamm-Prior. Oblig. 84½ Br.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Mittwoch 22. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Auch heute für östreichische Effekten Kauflust zu merklich höheren Kursen und bei bedeutendem Umsatz.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 119¾. Preuß. Kassenscheine 104¾. Ludwigshafen-Bexbach 129½. Berliner Wechsel 104¾. Hamburger Wechsel 87¾. Londoner Wechsel 117½. Pariser Wechsel 92⅞. Wiener Wechsel 83⅜. Darmstädter Bankaktien 198. Darmstädter Zettelbank 246½. Meininger Kreditaktien 79⅞. Luxemburger Kreditbank 87½. 3% Spanier 47. 1% Spanier 42⅝. Span. Kreditbank Pereira 440. Span. Kreditbank v. Rothschild 515. Kurhess. Loose 53¾. Badische Loose 54⅜. 5% Metalliques 47. 4½% Metalliques 41⅜. 1854er Loose 62½. Oestr. National-Anlehen 58½. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 236. Oestr. Bankantheile 667. Oestr. Kreditaktien 154½. Neueste östreichische Anleihe 63½. Oestr. Elisabethbahn 106¾. Rhein-Nahebahn 24½. Hessische Ludwigsbahn 114½.

Hamburg, Mittwoch 22. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Lebhafte Umsätze in Eisenbahnen, namentlich Nordbahn. Rheinische 91¾, Märkische 104¾.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 59. Oestr. Kreditaktien 65½. 3% Spanier 45½. 1% Spanier 40. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 101½. Norddeutsche Bank 90. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn 56½. Diskonto —.

London, Mittwoch, 22. Jan., Nachmittags 3 Uhr. Silber 61⅛.

Konsols 92 13/16. 1proz. Spanier 42⅞. Mexikaner 29⅛. Sardinier 77½. 5proz. Russen 98. 4½proz. Russen 92.

Der Dampfer „Etna" ist aus Newyork eingetroffen.

Paris, Mittwoch 22. Januar, Mittags 12 Uhr 30 Min. Die Rente begann zu 69, 95 und fiel auf 69, 75, Credit mobilier auf 712. Die Stimmung war eine sehr matte. Die Bank von Frankreich hat den Diskonto auf 4½ % herabgesetzt.

Amsterdam, Mittwoch 22. Jan., Nachmittags 4 Uhr.

5proz. östr. Nat. Anl. 55 13/16. 5% Metalliques Lit. B. 69⅞. 5proz. Metalliques 45 11/16. 2½proz. Metalliques 24½. 1proz. Spanier 42 9/16. 3proz. Spanier 47⅞. 5proz. Russen 80. 5proz. Stieglitz de 1855 93 1/16. Mexikaner 28 7/16. Holländische Integrale 64⅛.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.